

# JETZT ZÄHLEN DIE MENSCHEN



**2. IGB-WELTKONGRESS**

**VANCOUVER, 21. – 25. JUNI 2010**

JETZT ZÄHLEN DIE MENSCHEN - AUS DER KRISE MIT GLOBALER GERECHTIGKEIT



ITUC CSI IGB



**KONGRESSTHEMA**

**JETZT ZÄHLEN  
DIE MENSCHEN**

**AUS DER KRISE MIT GLOBALER GERECHTIGKEIT**



# Vorwort

Die Delegierten des 2. IGB-Weltkongresses werden aus Ländern kommen, die alle in der einen oder anderen Weise und in unterschiedlichem Umfang die Auswirkungen der globalen Krise spüren. Für die Menschen, die sie vertreten, hat dies häufig akute Not und große Unsicherheit mit sich gebracht. Und für ihre Gewerkschaften sind alte Probleme dringlicher geworden und neue hinzugekommen.

Die Gewerkschaften sind nicht die Einzigen, die versuchen, Wege aus der Krise zu finden und sicherzustellen, dass das, was nach ihr kommt, wesentlich besser ist als das, was ihr vorausging und dafür sorgt, dass sich die Ungerechtigkeiten und das Leid der Vergangenheit nicht wiederholen. Da zahlreiche Ursachen der Krise jedoch fest in der Welt der Arbeit verwurzelt sind und viele von ihnen globale Ausmaße angenommen haben, steht die internationale Gewerkschaftsbewegung vor besonderen Herausforderungen, die sowohl Verantwortung als auch gewisse Chancen mit sich bringen.

Der IGB ist überzeugt, dass es nach jahrzehntelanger Ungerechtigkeit jetzt an der Zeit ist, dass die Menschen – alle Menschen – von der Globalisierung profitieren und dass der Weg aus der Krise direkt zu globaler sozialer Gerechtigkeit führen muss.

Teil I dieses Berichtes erläutert die Schlüsselbereiche, in denen Maßnahmen ergriffen werden müssen, um dies zu ermöglichen. Er warnt jedoch auch vor der realen Gefahr, dass, wenn nicht mit den gescheiterten und unfairen Konzepten der Vergangenheit gebrochen wird, die Welt in noch größerer Ungerechtigkeit versinken könnte, anstatt den richtigen Weg aus der Krise heraus einzuschlagen.

Die Welt steht auf der Kippe zwischen einer Zukunft, die menschenwürdige Arbeit, eine nachhaltige und ausgewogene Entwicklung, verbesserte Lebensstandards und die Achtung der Menschenrechte ermöglicht, und einer Zukunft, die Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit, Armut und Hilflosigkeit stürzen würde, mit all den damit einhergehenden Gefahren und dem damit verbundenen Leid.

Der IGB muss sein Gewicht in die Waagschale werfen und den Ausschlag dafür geben, dass der richtige Weg in die Zukunft eingeschlagen und kein Schritt zurück gemacht wird. Der Einfluss, den der IGB haben kann, hängt jedoch von seiner eigenen Leistung und Fähigkeit sowie davon ab, inwieweit es ihm gelingt, die Stärke seiner Mitgliedsorganisationen für seine Bemühungen zu nutzen.

Teil II dieses Berichtes betrachtet vier Jahre nach seiner Gründung den IGB selbst, seine Erfolge, Defizite und Herausforderungen. Durch die Eini-gung ist eine bedeutende Dynamik entstanden, und der IGB kann auf beachtliche Leistungen verweisen. Niemand sollte jedoch davon ausgehen, dass er sein volles Potenzial bereits erreicht hat oder dass der geforderte Aufbau eines neuen Internationalismus abgeschlossen ist. Dieser Teil des Berichtes konzentriert sich daher auf das, was noch getan werden muss, um den IGB zu dem mit seiner Gründung bezweckten Instrument einer wirksamen Vertretung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der globalisierten Wirtschaft zu machen.

Dem Bericht beigefügt ist ein Entschließungsentwurf, der seinen Inhalt und Aufbau widerspiegelt. Die Diskussionen im Kongressplenium werden so organisiert, dass sie einer konkreten Aussprache und Beschlussfassung förderlich sind, wobei die beiden Teile in gesonderten Sitzungsabschnitten behandelt werden.

Die Delegierten werden gebeten, sich konkret auf das zu konzentrieren, was ihrer Ansicht nach die Schlüsselfragen sind. Im Anschluss an die Debatte wird der Entschließungsentwurf an die Entschließungskommission des Kongresses weitergeleitet, die vor ihrer endgültigen Verabschiedung die vor dem Hintergrund der Plenardiskussionen erforderlichen Änderungen vornehmen wird.

Die Beschlüsse des Kongresses in Vancouver werden nicht weniger von Bedeutung sein als die historischen Beschlüsse, die im November 2006 in Wien gefasst wurden. Ich hoffe, dass dieser Bericht allen Mitgliedsorganisationen die richtige Grundlage dafür bietet, sich an den Bemühungen daran zu beteiligen, dass der IGB seiner Verantwortung uneingeschränkt gerecht wird und dafür sorgt, die Menschen aus der Krise herauszuholen und auf den Weg in Richtung globale soziale Gerechtigkeit zu bringen.

Guy Ryder

IGB-Generalsekretär



# TEIL 1

## AUS DER KRISE...

1. Als die Delegierten beim Gründungskongress in Wien das Programm des IGB verabschiedeten, verpflichteten sie den Bund "zu einer fundamentalen Änderung der Globalisierung". Nur wenige, die damals das Wort ergriffen, sprachen jedoch von einer "Globalisierungskrise". In Vancouver werden sicher nur wenige nicht davon sprechen, denn in diesen Anfangsjahren des IGB hat die Weltwirtschaft in der Tat dramatische Veränderungen durchgemacht, nicht so sehr infolge der Bemühungen der internationalen Gewerkschaftsbewegung, sondern vielmehr aufgrund des massiven Zusammenbruchs der Finanzmärkte und der damit verbundenen zahlreichen Folgen für die Realwirtschaft und diejenigen, die darin arbeiten.

2. Die Finanzkrise hat eine beispiellose Sozial- und Beschäftigungskrise verursacht. Als dieses Dokument verfasst wurde, waren weltweit 34 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen, 64 Millionen Menschen zusätzlich in extreme Armut getrieben und mehr als 1,1 Billionen US-Dollar für die Rettung von Institutionen ausgegeben worden, die erhebliche Verantwortung für derzeitigen Zustände tragen. Die Arbeitsplatzverluste gehen weiter, und die Aussichten auf eine wirkliche Rückkehr zu Finanzstabilität sind alles andere als gewiss. Die Prognosen von Politikern und Kommentatoren gehen unweigerlich auseinander. Aber diejenigen, die, ermutigt durch die Erholung auf den Aktienmärkten und die erneuten Profite der Banken, davon ausgehen, dass wir uns bereits auf dem Weg der Konjunkturerholung befinden, haben die Beschaffenheit dieser Krise bzw. deren menschliche Kosten in keiner Weise verstanden.

3. Die Zahlen selbst belegen in haarsträubender Weise das immense menschliche Leid derjenigen, die am wenigsten in der Lage sind, damit fertig zu werden und die am wenigsten dazu beigetragen haben. Und aus diesem Grund hat die Krise tiefe und begründete Verärgerung und das Gefühl inakzeptabler Ungerechtigkeit hervorgerufen. Überdeckt, aber nicht verdrängt, wird dies womöglich von dem Gefühl der Hoffnungslosigkeit, der Angst und der Abwehr. Die Forderung nach einem Richtungswechsel ist nicht zu überhören. Nichts wäre ihr jedoch abträglicher als die Überzeugung, dass es zu dem Modell, das die Krise hervorgerufen hat, keine Alternative gibt. Der internationalen Gewerkschaftsbewegung kommt eine zentrale Rolle bei der Konzipierung dieser Alternative und bei der Mobilisierung von Unterstützung für deren Umsetzung zu. Sie muss glaubwürdig sein und über genügend Spielraum verfügen, um das derzeitige Modell ablösen und durch eins ersetzen zu können, das den Zielen entspricht, die der IGB mit Millionen Menschen weltweit teilt. Die Chance, die diese Krise bietet, ist die wirkliche Möglichkeit, den Auftrag von Wien zu erfüllen und eine "grundlegende Änderung" herbeizuführen.

### Ein Schritt nach vorn – oder zwei zurück?

4. Die Konzentration auf den verheerenden Schaden, den die Krise angerichtet hat, bedeutet nicht, dass vorher alles zum Besten stand – ganz und gar nicht. Der IGB und seine Mit-gliedsorganisationen hatten in der Tat unverhohlene Kritik an den Versäumnissen der Globalisierung geübt und vor den Gefahren eines Zusammenbruchs des Systems gewarnt. Vor der emblematischen Lehman-Pleite im September 2008 hatten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Auswirkungen der jahrzehntelangen Erosion ihres Anteils am Welteinkommen bereits zu spüren bekommen. Die Löhne wurden nicht mehr entsprechend dem Produktivitätszuwachs erhöht und stagnierten selbst dann, wenn die Profite in die Höhe schnellten und das Wachstum boomte. Das Ergebnis sieht so aus, dass die Löhne heute in vielen Ländern denselben Anteil am Volkseinkommen haben wie in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts. Eine Ursache der Krise liegt in der Tat in dieser Stagnation der Erwerbseinkommen und in der massiv zunehmenden Ungleichheit, die viele versuchten, dadurch auszugleichen, dass sie im Zuge von Aktienblasen selbst Schulden in gefährlichem Umfang machten. Und als Schulden zum Opium eines Teils des Volkes wurden, setzten sie die Kettenreaktion des finanziellen Zusammenbruchs in Gang.

5. Für viele Millionen Menschen war die Lage bereits kritisch, bevor die Krise begann. Nirgends war dies offensichtlicher als beim Zugang zu Nahrungsmitteln und zu Energie. In den sechs Jahren vor dem Ausbruch der Finanzkrise stiegen die weltweiten Preise von Grundnahrungsmitteln wie Mais, Weizen und Reis um 190%, 162% bzw. 318%, wodurch der Zugang von Millionen armen Menschen zu Nahrungsmitteln drastisch eingeschränkt wurde. Im Juli 2008 erreichten darüber hinaus die Ölpreise einen historischen Höchststand von 147 Dollar pro Barrel, als sich die Welt langsam der Realität bewusst wurde, dass die derzeitigen Energiequellen und Liefersysteme ganz einfach nicht nachhaltig sind. Man kann sich darüber streiten, ob die durch diese Ernährungs- und Energiekrise hervorgerufene oder verschärfte Not und Armut größer sind als die, die die Finanzkrise verursacht hat, aber sie sind sicher von vergleichbarem Ausmaß. Und auch wenn der Preisdruck durch die globale Rezession vorübergehend nachgelassen haben mag, so sollte dies doch als nichts anderes als eine kurzfristige Erholung betrachtet werden. Als dieses Dokument verfasst wurde, war der Ölpreis erneut auf über 80 Dollar pro Barrel angestiegen, und die Preise von Reis und Mais lagen um rund 50% über ihrem Stand von 2006. Die Folge waren eine deutliche Zunahme der Unterernährung, mit erstmals mehr als einer Milliarde Unterernährten weltweit im Jahr 2009.

6. Da sich die politischen Entscheidungsträger/innen verständlicherweise darauf konzen-trieren, die Weltwirtschaft aus der Rezession zu ziehen und sie auf den Weg zu einer nachhaltigen Erholung zu bringen, sehen sich der IGB und seine Mitgliedsorganisationen einer kräftigen Mischung aus Gefahren und Chancen gegenüber, und der Kongress bietet eine günstige Gelegenheit, um sich damit auseinanderzusetzen.

7. Die Hauptgefahr liegt darin, dass einfach so weitergemacht wird wie bisher, dass das bisherige Modell etwas geflickt wird und ansonsten unverändert bleibt, nur dass einige seiner schädlicheren und ungerechteren Merkmale durch politische Maßnahmen verschärft werden, die auf den Abbau der öffentlichen Schulden abzielen, die angehäuft wurden, um Finanzinstitutionen zu retten und zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums und zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen erforderliche Konjunkturmaßnahmen zu ergreifen.

8. Auf dieser Grundlage, und wenn es zu keinem grundlegenden Richtungswechsel kommt, dürfte die Situation für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach der Krise noch schlimmer aussehen als davor. Genau das würden einige der Ausstiegstrategien, an denen gegenwärtig gearbeitet wird, bewirken: tendenziell langsamere Wachstumsraten; höhere Arbeitslosenquoten; eine weitere Erosion der Löhne und Lebensbedingungen und harte Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben, und all dies in Verbindung mit Forderungen nach einer noch stärkeren Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und einer größeren finanziellen Belastung derjenigen, die am wenigsten in der Lage sind, damit fertig zu werden.

9. Sollte dies eintreten, so wäre die globale Krise nicht der Punkt, an dem mit der arbeitnehmerfeindlichen, armenfeindlichen und frauenfeindlichen Orthodoxie der letzten drei Jahrzehnte gebrochen wird, sondern eine Gelegenheit für deren Verfechter, die Schraube noch weiter anzuziehen. Die Beschäftigten wären nicht nur die Hauptopfer der Krise selbst, sondern müssten auch die Kosten ihrer Überwindung tragen. Zu dem enormen menschlichen Leid aufgrund des Verlustes von Arbeitsplätzen, Obdach und Renten kämen die mit einer weiteren Verschlechterung der Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt und mit generellen Sparmaßnahmen und Kürzungen im öffentlichen Dienst verbundenen Härten hinzu.

10. Diese Aussicht steht in krassem Widerspruch zu den Reden der politischen Führungsspitzen jeglicher Couleur in den dramatischsten Augenblicken der Krise, als der Zusammenbruch des gesamten Finanzsystems wie eine reale und unmittelbar bevorstehende Möglichkeit erschien. In einem kollektiven Fegefeuer etablierter orthodoxer Theorien kam rasch ein – neuer, wenn auch vager – Konsens zustande, der tiefgreifende Veränderungen in der globalen Wirtschaft vorsah, angefangen mit beispiellosen Maßnahmen zur Ankurbelung des Wachstums und einer nachdrücklichen Regulierung der Finanzmärkte und -institutionen. Die Habgier und Verantwortungslosigkeit der Vergangenheit – und die damit einhergehenden Ungerechtigkeiten und Härten – dürften nicht fortbestehen. Menschenwürdige Arbeit, soziale Gerechtigkeit und eine faire Globalisierung standen endlich auf der Tagesordnung, und die G20-Gruppe sollte dafür sorgen, dass dieser Wechsel vollzogen wird.

11. Die Genugtuung der Gewerkschaften, als sie hörten, dass die langjährigen Strategien und Werte des IGB aus den Reden von zuvor nur wenig sympathisierenden Politikerinnen und Politiker wiederhallten, wurde dadurch noch verstärkt, dass der IGB Zugang zu und Einfluss auf die ersten Gipfeltreffen der G20 in Washington, London und Pittsburgh hatte. Es zeichnete sich so etwas wie ein Modellwechsel ab, die wirkliche Chance auf einen Neuanfang bei der Globalisierung und auf einen „New Deal“ für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überall. Aber dieser Optimismus wurde, und wird, dadurch gedämpft, dass man sich langsam bewusst wurde, dass diejenigen, die Interesse an der Beibehaltung des bisherigen Modells haben, von Anfang an intensiv darum bemüht waren, dessen Verteidigung vorzubereiten. Diese Bemühungen wurden zuversichtlicher und zunehmend bestimmter, als die Weltwirtschaft Zeichen einer bescheidenen Erholung aufwies und die Finanzinstitutionen, die am Rande des Abgrunds gestanden hatten, an Stabilität und öffentlich finanziertem Rentabilität gewannen. Als die Wall Street sehr schnell sämtliche eventuell vorhandenen Komplexe bezüglich einer Rückkehr zu den Exzessen ihrer Bonus-Kultur abschüttelte, wurde sie, zusammen mit ihren Verbündeten, immer lautstarker in ihrem Widerstand gegen die Regulierungsagenda, deren dringende Notwendigkeit die Krise so deutlich gemacht hatte.

12. Dies ist der wechselhafte und ungewisse Hintergrund, vor dem der Kongress tagt. Die Möglichkeiten für eine fundamentale Änderung, die die Krise geschaffen hat, sind zwar noch nicht verfliegen, aber das unbehagliche Gefühl, dass diese einmalige Gelegenheit ungenutzt verstreichen könnte, wird größer. Größer wird auch die Gefahr, dass, wenn nicht relativ kurzfristig wirkliche und nennenswerte Fortschritte erzielt werden, der Weg aus der Krise nicht nach vorn zu globaler sozialer Gerechtigkeit, sondern zurück zu der Abwärtsspirale aus zunehmender Ungleichheit und Ungerechtigkeit bei der Arbeit und in der Gesellschaft führen wird.

13. Besonders beunruhigend ist, dass die politische Dynamik zugunsten von Fortschritten zu schwinden droht. Die bloße Tatsache, dass die lautstarken Forderungen nach einer grundlegenden Umgestaltung zunächst vom gesamten politischen Spektrum kamen, deutet darauf hin, dass sie eher auf Panik und grundlegende Überlebensinstinkte zurückgingen als auf wirkliche Überzeugung. Und auch die Wahlpolitik liefert trotz einiger beachtlicher positiver Ergebnisse – etwa in den USA, in Lateinamerika und Japan – keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass auf populäre Forderungen nach Veränderungen überzeugende Antworten im Rahmen einer progressiven Agenda gefunden werden, und schon gar nicht in kohärenter Weise auf globaler Ebene. Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 deuten, wenn überhaupt, eher auf die Tendenz hin, in Zeiten der Unsicherheit und der Desillusionierung auf die bekannten Größen der Vergangenheit zurückzugreifen.

14. Die Gewerkschaften sollten sich nicht im Alleingang der Aufgabe stellen, eine alternative Vision einer Weltwirtschaft zu konstruieren, die den grundlegenden Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit entspricht, nicht zuletzt deshalb, weil sie im Alleingang kaum Aussicht auf Erfolg haben. Sie können und müssen jedoch ihren Beitrag dazu leisten, und ihre Verantwortung wächst mit dem offensichtlichen Scheitern bzw. mit der deutlicher werdenden Zaghaftigkeit anderer. Das am meisten überstrapazierte Klischee der Krise lautet, dass „globale Probleme globale Lösungen erfordern“. Es dient den politischen Führungsspitzen der einzelnen Länder als bequeme Begründung dafür, sich von jeglicher Verantwortung für die schweren politischen Fehler, die zu der Krise geführt haben, freizusprechen, indem sie sich auf ihre Ohnmacht angesichts „globaler Kräfte“ berufen. Nützlicher, auch weil es stimmt, ist jedoch die Feststellung, dass es unterstreicht, dass ein Großteil dessen, was die Gewerkschaften jetzt tun müssen, nur durch internationale Maßnahmen erreicht werden kann, über den IGB und bei diesem Kongress.

### Aus der Krise mit globaler Gerechtigkeit

15. Eine Schwierigkeit bei der Erfüllung des dem IGB erteilten Auftrages einer fundamentalen Änderung der Globalisierung besteht darin, dass dies als unrealistisch betrachtet werden könnte. Bedenkt man zudem die dringende Notwendigkeit von Sofortmaßnahmen, um schrittweise Lösungen für spezifische Probleme zu finden, so wird die reale Gefahr deutlich, dass die breit angelegten Bemühungen um ein neues Modell zugunsten eines enger gefassten Programms zur Sanierung des bisherigen Modells aufgegeben werden könnten. Es geht darum, zwischen qualitativen und quantitativen Veränderungen zu unterscheiden, zwischen der Reparatur des bisherigen Globalisierungsmodells und dessen Ersatz durch ein anderes, besseres Modell.



16. Dem Kongress wird vorgeschlagen, sich für die ehrgeizigere Möglichkeit zu entscheiden, weil die Erfahrungen der letzten drei Jahrzehnte und die gegenwärtigen Umstände dies erfordern. Sollte der Kongress diesen Ehrgeiz teilen, muss er konkret formulieren, was seiner Ansicht nach erforderlich ist, um diesen Transformationsprozess unter Bedingungen durchzuführen, die ausreichend glaubwürdig sind, aber auch genügend Substanz haben, um die Position der Arbeit in einer neuen Weltordnung neu zu definieren, einer Weltordnung, die die Ungerechtigkeiten des derzeitigen Modells beendet und ernsthafte Fortschritte bei der Bewältigung dessen vielfältiger Folgen erzielt. Nachstehend folgt ein Überblick über die Schlüsselkomponenten des Übergangs von der Krise zu Gerechtigkeit. Jede einzelne scheint unerlässlich, und der Kongress könnte noch weitere hinzufügen. Es ist jedoch auch offensichtlich, dass sie alle gemeinsam verfolgt werden müssen, da sie miteinander verbunden sind; geht eine verloren oder wird abgekoppelt, dann ist das gesamte Projekt in Gefahr. Der IGB muss ein integriertes Transformationsprogramm verabschieden und durchführen, das mindestens die folgenden sechs Elemente umfasst.

### **Arbeitsplätze gehen vor: Menschenwürdige Arbeit für alle**

17. Die Krise hat das weltweite Drama der Arbeitslosigkeit nur zu deutlich gemacht, wobei jedoch allzu leicht vergessen wird, dass das, was die IAO als das „globale Defizit an menschenwürdiger Arbeit“ bezeichnet hat, bereits seit vielen Jahren eine tragische und sich verschärfende Realität ist. Die 34 Millionen Menschen, die ihren Arbeitsplatz infolge der Krise verloren haben, kommen zu den etwa 178 Millionen hinzu, die bereits arbeitslos waren, wobei chronische Unterbeschäftigung für viele Länder eine nicht so leicht zu beziffernde Realität ist. Und die Tatsache, dass 50,6 Prozent der Weltbevölkerung laut IAO ungeschützten Tätigkeiten nachgehen und 633 Millionen Beschäftigte und ihre Familien als arbeitende Arme definiert werden, macht deutlich, wie notwendig es ist, die drastische Verschlechterung der Qualität der Arbeit und des Arbeitslebens eines Großteils der Beschäftigten umzukehren. Insbesondere gilt dies für Frauen, die weltweit 66 Prozent der Arbeit verrichten, 50 Prozent der Nahrungsmittel produzieren, jedoch nur 10 Prozent der Einkommen beziehen und 1 Prozent des Vermögens besitzen. Im Zuge der weltweit zunehmend ungleichen Einkommensverteilung, weg von der Arbeit und hin zum Kapital, sind viele unweigerlich in Armut und Hilflosigkeit gefangen. Für sie ist dies das genaue Gegenteil des von den Verfechtern des neoliberalen Globalisierungsmodells gepredigten Trugbildes von Aufstiegsmöglichkeiten und Wohlstand. Die Ungleichheit erreicht nicht nur bisher unbekannte und inakzeptable Ausmaße, sondern nimmt ihnen auch die Aussicht auf soziale Mobilität. Die Vorstellung, dass man durch harte Arbeit etwas aus sich machen kann, ist nicht länger gültig. Mehr denn je ist es heute so, dass Reiche bereits reich geboren und Arme größtenteils arm geboren wurden. Dies ist ein System, das Privilegien erhält und Armut fortbestehen lässt.

18. Zum Großteil wurde diese Situation dadurch herbeigeführt, dass Vollbeschäftigung als vorrangiges Ziel der staatlichen Politik aus ideologischen Gründen bewusst aufgegeben wurde. Zuvor hatte in Bezug auf dieses Ziel ein breiter sozialer Konsens bestanden, und es wurde davon ausgegangen, dass dies die Verantwortung des Staates ist. Das 1964 verabschiedete IAO-Übereinkommen 122 besagt in der Tat, dass die volle, produktive und frei gewählte Beschäftigung Hauptziele der Wirtschafts- und Sozialpolitik sein sollten. Die Globalisierung diente sowohl als Alibi für die Aufgabe dieses Ziels – angeblich war es ganz einfach unmöglich, vor dem Hintergrund der Globalisierung eine innerstaatliche Politik der Vollbeschäftigung zu verfolgen – als auch als zusätzlicher toxischer Faktor, da durch die Möglichkeit einer Verlagerung der Produktion und Arbeitsplätze Druck auf die Arbeitsbedingungen ausgeübt wurde. Die Entwicklungen auf nationaler Ebene wurden auf globaler Ebene wiederholt, da es die internationalen Finanzinstitutionen ungeachtet ihrer eigenen satzungsmäßigen Ziele ablehnten, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu einer expliziten Priorität ihrer Maßnahmen zu machen und erheblich zu der Tragödie der Arbeitslosigkeit beizutragen. Genau wie viele Regierungen waren sie gegenüber den Forderungen nach aktiven Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen taub, weil sie sich dem Marktfundamentalismus verschrieben hatten, der alles andere für sinnlos und unangebracht hielt.

19. Wichtig ist, dass diese Orthodoxie seit dem Ende des letzten Jahrhunderts durch die Agenda für menschenwürdige Arbeit in Frage gestellt wurde, die auf die Notwendigkeit einer qualitativen Beschäftigung, der uneingeschränkten Achtung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte, eines angemessenen Sozialschutzes und eines funktionierenden sozialen Dialogs pochte. Diese Agenda stieß auf breite formelle Akzeptanz, vor allem in den Organisationen des multilateralen Systems, nicht zuletzt der Vereinten Nationen selbst, aber auch seitens einer beeindruckenden Zahl einzelner Regierungen. Die Übertragung dieses allgemein befürworteten Konzeptes in konkrete Maßnahmen zugunsten qualitativer Vollbeschäftigung ist jedoch eine Herausforderung, die größtenteils nicht erfüllt wurde – eine Herausforderung, die durch die massive Zerstörung von Arbeitsplätzen im Zuge der Krise neue Relevanz gewonnen hat und wieder in den Mittelpunkt gerückt wurde.

20. Die internationale Reaktion auf diese Herausforderung weist einige ermutigende Aspekte auf. Der IGB hat in enger Zusammenarbeit mit dem TUAC selbst erheblich dazu beigetragen, dass die G20 ihr ursprünglich auf rein finanzielle Probleme ausgerichtetes Augenmerk auf die sozialen und beschäftigungsrelevanten Auswirkungen der Krise ausgeweitet hat. Die IAO wurde in den G20-Prozess eingebunden, und bei ihrem Londoner Gipfel im April 2009 verpflichteten sich die Spitzen der G20 dazu, alles zu tun, um Vertrauen, Wachstum und Arbeitsplätze wiederherzustellen. Der Globale Pakt für Beschäftigung, der bei der Internationalen Arbeitskonferenz 2009 von Vertretern der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und der Regierungen gemeinsam ausgehandelt und angenommen wurde, stellt nicht nur eine dreigliedrige internationale Verpflichtung dazu dar, menschenwürdige Arbeit in den Mittelpunkt der Krisenreaktion zu rücken, sondern liefert auch wertvolle Anleitungen dazu, wie dies erreicht werden kann. Seine Logik besagt, dass nicht einfach davon ausgegangen werden kann, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen mit der üblichen zeitlichen Verzögerung ganz einfach dem Wirtschaftswachstum folgt, das sich letztendlich erholen wird, sondern dass sie aktiv betrieben werden muss, um die Welt aus der Krise herauszuführen, und dass diese Maßnahmen anschließend fortgesetzt werden müssen. Die wichtige Rolle, die der öffentliche Dienst, vor allem das Bildungs- und das Gesundheitswesen, dabei spielt, Bedürfnisse zu erfüllen und gleichzeitig in die Zukunft zu investieren, ist ein zentraler Bestandteil des Paktes.

21. Es gibt überzeugende Gründe dafür, warum die von den Regierungen ergriffenen Stimulierungsmaßnahmen, denen bereits die Sicherung von 21 Millionen Arbeitsplätzen zugeschrieben wird, so lange fortgesetzt werden müssen, bis sich die Wirtschaft nachdrücklich und nachhaltig erholt hat, ungeachtet der Höhe der öffentlichen Schulden, die durch diese Maßnahmen und durch die Rettung der Banken in einigen Ländern entstanden

sind. Für den Ausgleich der öffentlichen Haushalte ist vor allem die Rückkehr zu einem einkommensfördernden Wachstum und zu hohen Beschäftigungsquoten erforderlich. Die Einstellung der Stimulierungsmaßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt käme der Abstellung des Lebenserhaltungssystems eines todkranken Patienten gleich und würde die Welt vermutlich in eine erneute („double-dip“) Rezession stürzen. Dies ist nicht die Zeit für ein derartiges Risiko.

22. Aufgrund der Knappheit finanzieller Ressourcen und der absoluten Priorität, die die Schaffung von Arbeitsplätzen haben muss, ist es jedoch unerlässlich, dass die Stimulierungspakete bewusst so konzipiert werden, dass deren Beschäftigungsintensität maximiert wird. Das ist bisher nicht immer der Fall gewesen. Wenn man akzeptiert, dass es hier keine optimale allgemeingültige Lösung für alle Länder gibt, wird deutlich, wie wichtig es ist, dass die Gewerkschaften an der Formulierung und Umsetzung der Stimulierungsmaßnahmen mitwirken und dass sie dabei vor allem auf den Beschäftigungsaspekt achten.

### **Zu Fairness und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt zurückkehren**

23. Genau wie im Vorfeld des Börsenkrachs von 1929 und der anschließenden Großen Depression ging der heutigen Krise eine massive und stetige Zunahme der Ungleichheit in und zwischen praktisch allen Gesellschaften voraus. Und es ist kein Zufall, dass die Auswirkungen der Krise genau dort am stärksten sind, wo diese Konzentration von Wohlstand und Einkommen am größten ist. Es ist bemerkenswert und zeugt von der Vernachlässigung der Regierungsverantwortung und dem Versagen progressiver Maßnahmen und Konzepte, dass dieser Trend so lange angehalten hat und so weit gegangen ist, ohne dass etwas dagegen unternommen wurde.

24. Dieses Abgleiten in die Ungerechtigkeit geschah im Zuge des nach dem Kalten Krieg dominierenden Modells des Marktfundamentalismus und der vorherrschenden Meinung, dass es keine Alternative zu einem von Liberalisierung und Deregulierung angetriebenen Globalisierungsprozess gibt. Dies hat die Entwicklung von Alternativen verhindert und zudem bewirkt, dass die Hauptursachen der zunehmenden Ungleichheit und ihre schlimmsten Formen heute auf den Arbeitsmärkten zu finden sind. Dies bedeutet aber auch, dass der Kampf gegen diese Ungerechtigkeit in der und über die Welt der Arbeit beginnen muss.

25. Erwerbstätige Frauen und diejenigen, die ganz oder teilweise auf ihr Einkommen angewiesen sind, werden durch geschlechtsbedingte Diskriminierung bei der Arbeit noch stärker benachteiligt. Das geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsgefälle liegt weltweit nach wie vor bei mindestens 17%, und es zeichnet sich kein Rückgang ab. Dies spiegelt eine massive Konfiszierung der Einkünfte von Frauen wider, die mit ihrer zunehmenden Erwerbsbeteiligung größer wird und zu den vielen sonstigen Formen der Benachteiligung von Frauen hinzukommt.

26. Viele sehen in der wachsenden Ungleichheit ein größtenteils unvermeidliches Nebenprodukt der Globalisierung. Die massive Zunahme des Arbeitskräftepotenzials in der globalisierten Wirtschaft durch den Eintritt Chinas, die wachsende Beteiligung Indiens und das Ende der Ost-West-Spaltung in Europa hat das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital radikal verändert – zum Nachteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gleichzeitig ermöglicht die Mobilität des Kapitals infolge der Liberalisierung und der technologischen Neuerungen die Verlagerung von Arbeitsplätzen und Produktionsstätten, um Lohnunterschiede auszunutzen. Denjenigen, die sich gegen diese Abwärtsspirale des destruktiven Wettbewerbs aussprechen, wird geantwortet, dass dies ungeachtet des Leids, das es einigen Beschäftigten verursacht, für Millionen andere in der Tat eine Möglichkeit der Befreiung darstellt, vor allem in den Entwicklungsländern. Widerstand wird als egoistischer Reflex bereits Privilegiierter auf Kosten der aufstrebenden Armen und als anachronistisches Hindernis auf dem Weg des marktgesteuerten Fortschritts dargestellt.

27. Die Gewerkschaften können diese Vorstellungen widerlegen, indem sie zunächst deutlich machen, welchen Schaden die Politik der Ungleichheit angerichtet hat und wie sie beim globalen Armutsabbau und hinsichtlich der Herbeiführung einer nachhaltigen und ausgewogenen Entwicklung generell versagt hat, ungeachtet der Musterschüler China und Indien mit ihren unbestreitbar spektakulären Wachstumsraten. Dennoch ist es den Gewerkschaften bisher nicht gelungen, sich mit ihren Argumenten durchzusetzen. Es gilt nach wie vor, die beiden Einwände der Unvermeidlichkeit und des vermeintlichen Egoismus einer Opposition zu überwinden. Dies erfordert eine erneute nachdrückliche Auseinandersetzung mit einigen der Ursachen der Ungerechtigkeit – angefangen mit der Durchsetzung der universellen Achtung der Menschenrechte bei der Arbeit.

28. Es ist inzwischen eine Binsenweisheit, dass die weit verbreitete Verweigerung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte und das Fehlen wirksamer Korrekturmaßnahmen im Falle von Rechtsverletzungen im Mittelpunkt der Globalisierungsprobleme stehen. Trotz der erzielten Fortschritte – vor allem mit der Erklärung der IAO aus dem Jahr 1998 über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit, die diese Rechte definiert und die universelle Verpflichtung zu ihrer Inkraftsetzung beinhaltet – ist es nach wie vor eine Tatsache, dass selbst eklatante und systematische Arbeitnehmerrechtsverletzungen möglich sind und auch begangen werden, ohne dass irgendetwas dagegen unternommen wird. Die Tatsache, dass es Staatspolitik des zum größten Exporteur der Welt gewordenen Landes ist, dafür zu sorgen, dass das Vereinigungsrecht und das Tarifverhandlungsrecht nicht wahrgenommen werden können, ist der Beweis für das Ausmaß der Missbräuche in diesem Bereich – und der Folgen.

29. Die internationalen Gewerkschaftsreaktionen auf diese Situation konzentrierten sich zunächst – nicht ohne Kontroversen – auf Bemühungen, den Handelszugang mit der Achtung der Arbeitnehmerrechte zu verknüpfen, insbesondere zum Zeitpunkt der Gründung der Welthandelsorganisation und in ihren Anfangsjahren. Als die WTO jedoch sehr schnell einen Schutzwall um ihre eng gefasste Auslegung ihres eigenen Mandat errichtete, um die Erörterung aller handelsbezogenen sozialen Fragen auszuschließen, auch von der laufenden Doha-Verhandlungsrunde, wurde das Augenmerk von der multilateralen auf die bilaterale und die regionale Handelsagenda gelenkt – mit einigen positiven Ergebnissen. Je länger sich die Doha-Runde jedoch auf ihr ungewisses Ende zubewegt und je weiter sie sich von ihrer „Entwicklungsagenda“ entfernt, desto notwendiger wird es, darauf zu drängen, dass sie zu einem klaren Beschluss dazu führt, Arbeitsfragen – und insbesondere diesbezügliche Rechte – in den Mittelpunkt dessen zu rücken, was danach kommt.

30. Handelsbezogene Aktivitäten sind ein Teil der IGB-Strategie zur Förderung der universellen Achtung der grundlegenden Rechte bei der Arbeit und verdienen Aufmerksamkeit, weil sie dazu beitragen können, die Globalisierung nach der Krise in eine andere Richtung zu lenken. Auf Dauer wird jedoch wesentlich mehr zur Auseinandersetzung mit der Situation in einzelnen Ländern getan, vor allem dort, wo diese Rechte direkt und zum Teil brutal angegriffen werden. Diese Arbeit ist das Kernstück des gesamten Tätigkeitsprogramms des IGB und geht auf sämtliche Arten von Grundrechten ein. So wichtig der Kampf gegen Diskriminierung, Kinderarbeit und Zwangsarbeit sicher ist, die Bemühungen um die Sicherung des Vereinigungsrechtes und die wirksame Wahrnehmung des Tarifverhandlungsrechtes gewinnen unter den gegenwärtigen Umständen enorme Bedeutung.

31. Tarifverhandlungen haben sich als wirksames Verfahren für die gerechte Verteilung der Früchte des Wirtschaftens erwiesen. Dort, wo sie gut etabliert sind, sorgen sie für Gerechtigkeit bei der Arbeit und bei der Einkommensverteilung. Dort, wo sie unzureichend sind oder überhaupt nicht stattfinden, mangelt es gewöhnlich an Fairness bei der Arbeit und in der Gesellschaft und es kommt zu einer hohen Konzentration von Wohlstand und Einkommen parallel zu großen Entbehrungen. Durch die weit verbreitete Erosion des Geltungsbereiches von Tarifverträgen in den letzten Jahrzehnten haben der soziale Zusammenhalt und die soziale Gerechtigkeit erheblichen Schaden genommen. Dies hat zudem in großem Umfang zu der Krise beigetragen und deren Bewältigung aufgehalten, da mittels Tarifverhandlungen Geld in die Taschen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fließt, durch das die Nachfrage und somit die Konjunktur angekurbelt wird. Fehlt es an diesem Geld, wird ein nachhaltiges Wachstum behindert, und es entsteht die Versuchung, exzessive persönliche Schulden zu machen.

32. Die Frage dreht sich nicht um die Notwendigkeit einer Ausweitung von Tarifverhandlungen, sondern darum, wie verfahren werden soll, wenn mächtige Interessen – die Minderheit auf der privilegierten Seite der polarisierten Gesellschaft – versuchen, sie weiter zu schwächen. Viele Arbeitgeber machen kein Geheimnis aus ihrer Absicht, Tarifverhandlungen mit ihren Beschäftigten aus purem Eigeninteresse zu umgehen oder zunichte zu machen. Andere berufen sich auf das Handicap, das tarifvertraglich geregelte Arbeitsbedingungen angesichts des verstärkten globalen Wettbewerbs für sie bedeuten könnten, oder sie verweisen auf die vermeintlich moralische Überlegenheit individueller Beschäftigungsverhältnisse.

33. Es müssen zwei einander ergänzende Aktionswege eingeschlagen werden. Der erste bezieht sich auf die Verantwortung der Regierung. Angesichts des heutigen Klimas mag selbst eine neutrale Haltung der Behörden willkommen erscheinen, aber die Verantwortung des Staates geht in der Tat wesentlich weiter. Das IAO-Übereinkommen 98 verlangt die Förderung von Tarifverhandlungen, und die Erklärung von 1998 verpflichtet die Mitgliedsstaaten zur Gewährleistung der wirksamen Wahrnehmung dieses Rechtes in der Praxis. Obwohl es wesentlich weniger Aufmerksamkeit erhält als politische Versäumnisse in Bereichen, die sichtbarer sind oder eher auf die Empörung der Öffentlichkeit stoßen, lässt sich nicht an der Tatsache rütteln, dass das Regierungsverhalten diesen Kriterien nur selten gerecht wird. Stattdessen scheinen viele Regierungen in ihrem Streben nach Unternehmens- und Investitionsfreundlichkeit eher geneigt zu sein, den Verfall der Verhandlungspraktiken zu dulden, da dies irgendwie ihrer Vorstellung von Modernität und vom nationalen Interesse entspricht. Es ist daher dringend notwendig, dass die Gewerkschaften die gegenwärtige Veränderungsstimmung nutzen, um die Regierungen zu dem Eingeständnis, dass ihr Versäumnis, ihren Verpflichtungen im Bereich der Tarifverhandlungen nachzukommen, einer der größten Fehler ist, die zu der Krise beigetragen haben, sowie zu Korrekturmaßnahmen zu veranlassen.

34. Dadurch entstünden wesentlich positivere Rahmenbedingungen für die Gewerkschaften, um ihre zweite, permanente Herausforderung anzugehen, die der Durchsetzung ihrer Anerkennung als Tarifpartei und von Verhandlungsmöglichkeiten mit einzelnen Arbeitgebern. Die jeweiligen Umstände in den verschiedenen Ländern werden unterschiedliche Vorgehensweisen und sehr oft genügend Realismus erfordern, um zu erkennen, dass die einzig wirksamen Strategien diejenigen sind, die darauf basieren, dass die Gewerkschaften ausreichend Druck auf ihre Zielscheiben ausüben. Für den IGB und seine Mitgliedsorganisationen wirft diese Herausforderung allerdings drei klare Fragen auf: Was muss getan werden, um die Ausweitung der Tarifverhandlungen zu einer wirklichen Priorität zu machen; wie können die Gewerkschaftsdachverbände in den einzelnen Ländern am besten und wirksamsten zu diesem Ziel beitragen; und wie sieht die internationale Dimension dieser Agenda aus?

35. Die letzte Frage richtet erneutes Augenmerk auf die in dem beim Gründungskongress verabschiedeten Aktionsprogramm des IGB deutlich hervorgehobene Notwendigkeit, eine internationale Organisations- und Verhandlungsagenda zu konzipieren, nicht als Konzept, sondern als praktisches Instrument. Obwohl das Potenzial einer solchen Agenda erkannt wurde, fehlt es bisher jedoch an einer klaren Definition ihres konkreten Inhalts und ihrer Umsetzungsmöglichkeiten. Angesichts der Führungsrolle der Globalen Gewerkschaftsföderationen beim Umgang mit Arbeitgebern auf internationaler Ebene befindet sich der kurz nach der Gründung des IGB als Instrument der strukturellen Partnerschaft mit und zwischen ihnen ins Leben gerufene Global-Unions-Rat mit seinem eigenen Schwergewicht auf Organisations- und Verhandlungsaktivitäten in einer strategisch guten Position, um diese Agenda voranzubringen, vor allem wenn es darum geht, globale Rahmenvereinbarungen mit multinationalen Unternehmen auszuhandeln. Gleichzeitig hat der IGB die Koordination der Gewerkschaftspositionen ermöglicht, sowohl bezüglich der allgemeineren Frage der sozialen Verantwortung von Unternehmen als auch bei internationalen Organisationen wie dem Globalen Pakt und der Internationalen Organisation für Normung (ISO).

36. Neben Rechtsverletzungen sorgt noch ein zweiter langfristiger Trend auf den Arbeitsmärkten für Ungerechtigkeit und Ungleichheit – der der anhaltenden Prekarisierung und Informalisierung.

37. Diese Begriffe decken in der Tat zahlreiche unterschiedliche, jedoch sich gegenseitig verstärkende Prozesse ab (Rückgriff auf befristete Verträge, Outsourcing, Unteraufträge, Vermittlungsagenturen), die zusammen mit der Zunahme informeller Aktivitäten außerhalb des arbeitsrechtlichen Schutzes und der Schwarzarbeit bewirkt haben, dass die Welt der Arbeit für Millionen Beschäftigte unsicher, bedrohlich und unwirtlich geworden ist.

38. Obwohl dieser Prozess zum Teil unmerklich verlaufen ist, sind wir inzwischen weit entfernt von der – möglicherweise idealisierten – früheren Norm einer sicheren und dauerhaften Vollzeitbeschäftigung. Von dem anfänglichen, inzwischen fernen Mantra, dass in Zeiten rascher Veränderungen niemand davon ausgehen könne, während des gesamten Arbeitslebens denselben Arbeitsplatz zu behalten, sind wir jetzt zu einer noch

unbeständigeren Situation übergegangen, in der die IAO davon ausgeht, wie in Absatz 17 erwähnt, dass etwas mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung heute in der einen oder anderen Weise einer ungeschützten Tätigkeit nachgeht. Zum Teil geht diese Verschlechterung auf eine konzentrierte Attacke auf das Beschäftigungsverhältnis, von dem viele arbeitsbezogene Leistungen und Sozialschutzmaßnahmen abhängen, und dessen Ersatz durch rein kommerzielle Beziehungen zurück.

39. Diese Prozesse mögen komplex und die konkreten Themen manchmal unklar sein, ihre Folgen für die Gewerkschaften, für die Arbeits- und Lebensbedingungen und für den sozialen Zusammenhalt sind jedoch nur allzu klar und allzu oft verheerend. Informelle Tätigkeiten und eine unvorhersehbare Folge unsicherer Arbeitsplätze sind für viele der Weg in den langfristigen sozialen Ausschluss, vor allem für Jugendliche und Frauen. Die spektakulären und tragischen Arbeitsplatzverluste infolge der gegenwärtigen Krise wurden durch die Art und Weise weiter verschärft, in der die Arbeitgeber ihre prekär Beschäftigten mit minimalen Kosten oder Verzögerungen auf die Straße setzen konnten. Auf diese Weise waren Entlassungen die erste Möglichkeit und nicht der letzte Ausweg.

40. Wie im Falle des Kampfes für Rechte bei der Arbeit dürfen sich die Gewerkschaften keine Illusionen bezüglich der Dringlichkeit oder des Ausmaßes der Herausforderung der Prekarität und der Informalität der Arbeit machen. Sie brauchen bessere Strategien zur Umkehr der langfristigen Trends, die zum Teil unvermeidlich erscheinen mögen und die von denen, die davon profitieren, als notwendig und nützlich verteidigt werden. Bei der Widerlegung des einst verbreiteten Argumentes, dass Informalität als dynamische Arbeits- und Einkommensquelle gefördert werden müsse, da sie zum Abbau der Armut und zur Ankurbelung der Entwicklung beitrage, sind gewisse Fortschritte erzielt worden. Inzwischen wurde erkannt, dass die Informalisierung der Arbeit in der Tat ein Hindernis für die Entwicklung darstellt. Heute geht es um die Formalisierung der Arbeit und für die Gewerkschaften um die Organisation der nach wie vor informellen Arbeitskräfte. Die Aufgabe bleibt jedoch gewaltig.

41. Die Dynamik der sonstigen Ursachen der Prekarität und der Schutzlosigkeit bei der Arbeit ist genau deshalb anders, weil die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen weiterhin von denjenigen begrüßt und gefördert wird, die davon profitieren – vor allem Arbeitgeber –, weil sie ihnen den Wettbewerbsvorteil flexibler Arbeitsmärkte und Arbeitskräfte verschafft. Die Einstellung der Regierungen zu innerstaatlichen Arbeitsmarktregulungen, die die Talfahrt bremsen können, ist unterschiedlich, aber generell halten sie weiterhin an der Art von Deregulierungsagenda fest, die die Talfahrt fortsetzt. Die Weigerung, einen deutlichen Richtungswechsel vorzunehmen, wurde dadurch deutlich, dass die Arbeitnehmergruppe keine Unterstützung für die Verabschiedung eines IAO-Übereinkommens über Vertragsarbeit gewinnen konnte, ein Rückschlag, der jedoch zur Annahme der nicht verbindlichen Empfehlung betreffend das Arbeitsverhältnis im Jahr 2006 führte.

42. Die Krise bietet eine weitere, wenn auch verspätete Gelegenheit für entschiedene Maßnahmen zur Umkehr des um sich greifenden Trends prekärer Arbeitsbedingungen als zentrales Element einer Nachkrisenagenda für Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Die Gewerkschaften werden dem Abbau des arbeitsrechtlichen Schutzes in jedem Fall weiterhin entgegentreten und sofern möglich Boden wettmachen müssen. Ein qualitativer Transformationsprozess erfordert jedoch seitens der Regierungen, sowohl individuell als auch kollektiv, dass sie wieder für Gerechtigkeit und Fairness bei der Arbeit eintreten, was viele von ihnen schon vor Jahrzehnten aufgegeben haben.

## Das Kasino schließen

43. Der finanzielle Zusammenbruch in den Jahren 2008 und 2009, bei dem eine völlige Katastrophe nur durch massive und extrem kostspielige staatliche Interventionen zur Rettung von Institutionen, deren Habgier, Inkompetenz und Rücksichtslosigkeit den Zusammenbruch verursacht haben, verhindert werden konnte, lieferte seine eigenen, scheinbar unwiderlegbaren Argumente für eine weitreichende Reform und Regulierung der Finanzmärkte und der Akteure auf diesen Märkten. Als die Bevölkerung die Bankenrettung mit Steuergeldern in horrender Höhe akzeptierte, ging sie in der Tat nicht nur davon aus, dass die auf diese Weise geretteten Institute für die Rückzahlung dieser Gelder verantwortlich gemacht würden, sondern dass auch verhindert würde, dass sie zu ihren üblichen Praktiken zurückkehren können. Die Schließung des Kasinos war Teil dieser Abmachung.

44. Die internationale Gewerkschaftsbewegung hatte bereits vor dem Ausbruch der Krise seit langem lautstark – und allein – die Art und Weise verurteilt, in der die „Finanzwirtschaft“ die „Realwirtschaft“ beherrschte. Das Problem ging über die systemische Gefahr hinaus, die der unregulierte und unkontrollierte Umgang des Finanzsektors mit riesigen Summen für die Zukunft von Millionen Menschen darstellte, die nichts damit zu tun hatten und nicht davon profitierten, und der auf dem zweitklassigen Hypothekenmarkt der USA schließlich die Lunte zur Finanzkrise entzündete. Vor allem durch die Geschäfte privater Beteiligungsfirmen (Private-Equity-Firmen) und Hedge-Fonds kam es zudem verstärkt zu einem Prozess der „Finanzialisierung“ der Unternehmen und des Unternehmensverhaltens, wodurch die Arbeitsmarktbedingungen vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter unter Druck gerieten. Von einigen als heilsame Schocktherapie gepriesen, durch die morbide oder erfolglose Betriebe wieder fit gemacht werden könnten, wurde jedoch häufiger die Erfahrung gemacht, dass eine solche Finanzialisierung – angetrieben von dem Gedanken, dass der Betrieb nichts weiter als ein Bündel Finanzanlagen ist, das in so kurzer Zeit wie möglich einen so großen Ertrag wie möglich abwerfen sollte – Arbeitsplätze zerstörte, gute Arbeitsbeziehungen und Arbeitsbedingungen untergrub und eine Gefahr für die langfristige Zukunft ansonsten existenzfähiger Konzerne darstellte. Kurz gesagt, die Realwirtschaft und die realen Bedürfnisse der Menschen wurden einer Finanzwirtschaft untergeordnet, die den spekulativen Interessen auf Kosten aller anderen diene.

45. Auf die Krise folgte eine heftige Reaktion der Bevölkerung gegen den kasinoartigen Nexus von privatem Beteiligungskapital (Private Equity), Spekulation, fremdkapitalfinanzierten Übernahmen, kurzfristiger Aktienkursmaximierung und der damit einhergehenden Kultur der Boni in Höhe mehrerer Millionen Dollar und der Missachtung jeglicher Gerechtigkeits- oder Anstandskriterien. Die politischen Entscheidungsträger/innen, die viel für ihre Förderung getan hatten, waren plötzlich besonders unermüdlich, wenn es um ihre Verurteilung ging. Dies und die Meinung der Öffentlichkeit zu den Kosten der Bankenrettung ließen eine mächtige Pro-Regulierungsdynamik entstehen, die im Mittelpunkt der ursprünglichen Agenda

der G20 bei ihrem ersten Gipfel im November 2008 in Washington stand. Dies steht auf der internationalen politischen Agenda nach wie vor im Vordergrund, und der IGB hat gemeinsam mit dem TUAC detaillierte Vorschläge dazu unterbreitet, was jetzt zu tun ist. Die Entwicklungen geben jedoch in mindestens zweierlei Hinsicht Anlass zu ernsthafter Besorgnis.

46. Erstens hat die G20 den Regulierungsprozess an den IWF und das kürzlich erweiterte Gremium für Finanzstabilität (Financial Stability Board – FSB) delegiert. Das FSB hat lange nicht positiv auf die Bitten um Konsultationen mit den Gewerkschaften reagiert. Es setzt sich aus Vertreter(inne)n der Zentralbanken und der Finanzministerien zusammen und arbeitet praktisch ohne jegliche Transparenz. Sein Mandat könnte daher auch so beschrieben werden, dass diejenigen, die große Verantwortung für die gegenwärtige Misere tragen, mit der Konzipierung von Maßnahmen zu ihrer Überwindung und zur Verhinderung einer Wiederholung beauftragt wurden, ohne die Unbequemlichkeit einer öffentlichen Kontrolle.

47. Dies ist kein Szenario, das Vertrauen einflößt, und zusätzlich verschlimmert wird die Situation durch Hinweise auf einen schwindenden politischen Konsens und Willen bezüglich unterschiedlicher Maßnahmen – der zweite Anlass zu Besorgnis. Zum Teil geht dies auf unterschiedliche nationale Interessen zurück, vor allem aber auf die zunehmenden Bemühungen der Finanzwelt selbst. Nachdem sie von den Regierungen gerettet wurden, versuchen einige wichtige Finanzakteure jetzt mit dem erneuten Vertrauen, das auf eine größere Marktstabilität und ihre rasche Rückkehr zu fetten Gewinnen zurückgeht, die Regulierungsagenda zu vereiteln und in aggressiver Weise auf ihr Recht zu pochen, keinerlei Regierungszwängen unterworfen zu werden. Es werden wieder die bekannten Argumente ins Feld geführt, die der Gefahren einer übermäßigen Regulierung, einer Beeinträchtigung der Rolle des Finanzsektors bei der Ermöglichung eines reibungslosen Ablaufs der Wirtschaft und zu großer staatlicher Eingriffe. Überzeugend sind diese Argumente nicht, aber angesichts der Macht derjenigen, die sie vortragen, übersteigt ihr Einfluss auf zunehmend zögernde, unentschlossene und gesplante Regierungen ihren eigentlichen Wert.

48. Bei ihren weiteren Bemühungen um eine Finanzmarktreform und die Verhinderung einer erneuten Vormachtstellung des Finanzsektors gegenüber der Realwirtschaft werden die Gewerkschaften vermutlich auf die anhaltenden Exzesse ihrer Gegner zählen können. Sowohl die Öffentlichkeit als auch die Strafgerichte werden über sie urteilen. Kurze Anflüge von Reue sind wieder der üblichen Arroganz und der Selbstbewilligung massiver Boni gewichen. In einer Zeit, in der sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterhin großen Härten gegenübersehen, ist dies ein Ausdruck der Verachtung seitens derjenigen, die sich für zu bedeutend zum Scheitern halten, gegenüber denjenigen, die für sie zu unbedeutend sind, um zu interessieren. Die jetzt verzeichneten Gewinne, die in einigen Fällen die frühzeitige Rückzahlung der öffentlichen Hilfgelder ermöglicht haben, gehen darauf zurück, dass die Banken Zugang zu billigen staatlichen Mitteln haben, die sie dann vor dem Hintergrund der generellen Kreditknappheit zu einem höheren Zinssatz weiterverleihen. Unter diesen Umständen ist die Öffentlichkeit weiterhin extrem kritisch, und es stehen uns nach wie vor durchaus Möglichkeiten zur Verfügung.

49. Angesichts dieser anhaltend günstigen Rahmenbedingungen bemüht sich der IGB weiter nachdrücklich um die Einführung einer internationalen Steuer auf Finanztransaktionen. Eine solche von der Finanzlobby entschieden abgelehnte Steuer hätte den doppelten Vorteil, dass sie den – sehr wohl zahlungskräftigen – für die Krise Verantwortlichen einen berechtigten Anteil an ihren Kosten übertragen und gleichzeitig Ressourcen in einem solchen Umfang aufbringen würde, wie dies für die fiskalpolitische Konsolidierung und für die Erfüllung bereits vorhandener oder künftiger globaler finanzieller Verpflichtungen erforderlich ist, vor allem bezüglich der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) der UN und der Bekämpfung des Klimawandels.

50. Entgegen den Behauptungen ihrer Gegner ist eine Finanztransaktionssteuer praktikabel; sie ist gerecht; sie ist notwendig; und sie hat eindeutige Vorteile gegenüber den konkurrierenden Optionen einer Krisenabgabe oder Versicherung für Banken. Nach Jahrzehnten, in denen wettbewerbsbedingte Senkungen der Körperschaftssteuer auf ein historisches Minimum vorgenommen wurden und Einheitssteuersysteme im Vordergrund einer regressiven Steuerpolitik standen, und angesichts der Gefahr, dass Ausstiegsstrategien die bereits dramatische Verteilungskrise weiter verschärfen könnten, ist es jetzt an der Zeit, die Transaktionssteuer in den Mittelpunkt der dringend notwendigen Rückkehr zu einer fairen und progressiven Steuerpolitik zu rücken.

### Going Green – Dem Klimawandel entgegenzutreten

51. Die Krise brach zu einem Zeitpunkt aus, zu dem die Welt dabei war, sich mit der Notwendigkeit dringender und weitreichender Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels abzufinden. Dies wird zwar auch in dem beim Gründungskongress verabschiedeten Aktionsprogramm des IGB erwähnt, in dem eine Beendigung nicht nachhaltiger Verbrauchspraktiken und die Umsetzung des Kyoto-Protokolls gefordert werden, aber lediglich in einem kurzen Satz in Absatz 16 eines 55 Absätze umfassenden Dokumentes. Dies zeugt davon, in welcher radikalen Weise die wissenschaftlichen Erkenntnisse und die persönlichen Erfahrungen mit der Realität des Klimawandels sowie das Eingeständnis der dramatischen und potenziell katastrophalen Folgen von Untätigkeit die politische Agenda beeinflusst haben, denn heute ist dieses Thema eine der Spitzenprioritäten des IGB. Mehr als 400 Gewerkschaftsvertreter/innen sind im Dezember 2009 zur UN-Klimaschutzkonferenz nach Kopenhagen gereist.

52. In dem Maße, in dem der Klimawandel zunehmend an Bedeutung gewonnen hat, hat auch die Agenda der Gewerkschaften dieser Problematik Rechnung getragen. Dieser Prozess war nicht immer einfach. Zunächst war das Thema lediglich ein Minderheitsanliegen, das von der Bewegung insgesamt leicht ignoriert werden konnte. Dann wurde es zum Gegenstand des defensiven Skeptizismus, der dazu führte, dass die Gewerkschaften sogar zögerten, das Kyoto-Protokoll von 1997 zu befürworten, weil sie glaubten, vor die Wahl zwischen dem Schutz der Umwelt und dem Erhalt der Arbeitsplätze ihrer Mitglieder gestellt zu werden. Der Gipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg markierte jedoch einen Durchbruch, da jetzt von den drei Säulen einer nachhaltigen Entwicklung gesprochen wurde: der wirtschaftlichen, der sozialen und der ökologischen.

53. Diese Definition öffnete den Weg für eine stärkere Konzentration auf die Integration sozial- und beschäftigungspolitischer Maßnahmen in den

Kampf gegen den Klimawandel, was in der Schlüsselforderung des IGB in Kopenhagen nach einem „gerechten Übergang“ zu einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft, bei der der Agenda für menschenwürdige Arbeit und den Rechten und Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gleichermaßen Rechnung getragen würde, zum Ausdruck kam. Das Konzept eines gerechten Übergangs war von entscheidender Bedeutung, als es darum ging, die Unterstützung der organisierten Arbeitnehmerschaft für die von maßgeblichen Wissenschaftlern empfohlenen CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele zu gewinnen. Diese Unterstützung hängt jedoch nach wie vor davon ab, ob es gelingt, den gerechten Übergang zur Realität zu machen. Nach dem Scheitern der Konferenz von Kopenhagen und angesichts der anhaltenden Wirtschafts- und Beschäftigungskrise sind auf dem Weg zur Klimasi-cherheit nach wie vor zahlreiche Hindernisse zu überwinden.

54. Kopenhagen ist sicher nicht nur wegen dieser unmittelbaren Anliegen der Gewerkschaften gescheitert, sondern vielmehr deshalb, weil kein breiter Konsens hinsichtlich der jeweiligen Verantwortung von Industrie- und Entwicklungsländern vorhanden war, weil man sich nicht einigen konnte, wer die für die Anpassungs- und Klimaschutzmaßnahmen erforderlichen finanziellen Mittel aufbringen soll und wie diese Mittel verwendet werden sollen. Während das multilaterale System einmal mehr unter Beweis stellte, dass es nicht in der Lage ist, die an es gestellten Erwartungen zu erfüllen, und angesichts der Tatsache, dass die Krise einigen als Alibi sehr gelegen kommt, wird bereits an den Aussichten auf eine Einigung bei der Klimakonferenz 2010 in Mexiko gezweifelt. Die vor Kopenhagen ausgesprochenen warnenden Hinweise darauf, dass ein globales Klimaschutzabkommen unerlässlich für unsere gemeinsame Zukunft sei und eine Verzögerung die erforderlichen Maßnahmen lediglich noch kostspieliger und schmerzvoller machen werde, sind der fatalistischen Akzeptanz gewichen, dass ein solches Abkommen ganz einfach unerreichbar ist. Dies ist für die Gewerkschaftsbewegung genauso schlecht wie für alle anderen auch.

55. In den kommenden Monaten wird der IGB seine Bemühungen um ein ehrgeiziges Klimaschutzabkommen mit einem gerechten Übergang als Kernstück intensiv fortsetzen. Die eventuell mühsamere Aufgabe wird dann jedoch darin bestehen, diesen Übergang tatsächlich herbeizuführen. Dies wird eine bahnbrechende Umgestaltung der weltweiten Produktionssysteme in einem Umfang wie dem erfordern, der uns die Dampfmaschine und den Verbrennungsmotor oder die jüngste Revolution im Bereich der Informationstechnologie gebracht hat. Es hat keinen Zweck, den Umfang der Veränderungen oder die damit verbundenen Verschiebungen herunterzuspielen. Festzustellen ist lediglich, dass die Folgen noch größer sein werden, wenn nichts unternommen wird. Es sollte allerdings betont werden, dass der Übergang zu einer nachhaltigen, CO<sub>2</sub>-armen Zukunft umfangreiche neue Beschäftigungsmöglichkeiten mit sich bringt, die größer sein könnten als die anstehenden Arbeitsplatzverluste. Dieser positive Beschäftigungseffekt wird jedoch nicht automatisch eintreten, sondern beträchtliche staatliche Interventionen, Investitionen und Unterstützung sowie die umfassende Beteiligung der Sozialpartner erfordern – Dinge, die in der bisherigen Orthodoxie kaum oder gar keinen Platz hatten, die jedoch fester Bestandteil der sie ablösenden Konzepte sein müssen.

56. Während der IGB und seine Mitgliedsorganisationen ihre Arbeit fortsetzen und die Regierungen zu einem akzeptablen Abkommen drängen, dürfen sie aber auch die Arbeit mit ihren eigenen Mitgliedern nicht vergessen. Obwohl der Klimaschutz mittlerweile ein wirklich universelles Gewerkschaftsthema ist und nicht mehr nur das Anliegen einiger weniger, lässt sich nicht leugnen, dass die im IGB zustande gekommene Konsensposition fragil ist. Organisationen, die Sektoren vertreten, die infolge eines Abkommens schrumpfen dürften, müssen überzeugt sein, dass ein gerechter Übergang mehr ist als ein intellektuelles Gebilde; dass neue und menschenwürdige Arbeitsplätze geschaffen werden und dass nicht von ihnen verlangt wird, sich mit einer Zukunft der Langzeitarbeitslosigkeit und geringerer Lebensstandards abzufinden. Zu diesem Zweck muss die vom IGB befürwortete „Agenda für grüne Arbeitsplätze“ mehr Details, Schlagkraft und wirkliche politische Unterstützung erhalten.

57. Die Krise bietet eine wirkliche, unmittelbare und wichtige Gelegenheit, um dies zu erreichen, da international abgestimmte staatliche Interventionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum bereits als notwendige politische Reaktion erkannt wurden. Sie dürfen nicht vorzeitig beendet werden, sondern können und müssen dazu beitragen, das Wirtschaftswachstum in eine neue, grüne Bahn zu lenken, mit der Aussicht auf menschenwürdige Arbeit nicht nur für die heutige Generation, sondern auch für künftige Generationen.

### **Die Profite teilen: Eine neue Entwicklungsagenda**

58. Die Argumente für eine neue Entwicklungsagenda basieren nicht nur auf „grünen“ Überlegungen. Die Erfahrungen des neoliberalen Modells – das viele Entwicklungsländer zumindest während der Hälfte ihrer Existenz als unabhängige Nationen beherrscht hat – sehen so aus, dass es ihnen die Chance auf wirkliche, frei gewählte Entwicklungsmöglichkeiten genommen und verhindert hat, dass sie eine Industrialisierung, Wohlstand und Wohlergehen in dem für die reichsten Volkswirtschaften charakteristischen Umfang (selbst in Krisenzeiten) erreichen konnten. Das Ausmaß der Armut, der Informalität, von Krankheiten und Verzweiflung in zu vielen Ländern des Südens bedeutet, dass es in der Tat bereits „eine Krise vor der Krise“ gab – auch wenn dies von vielen politischen Entscheidungsträgern und einem Großteil der Öffentlichkeit lieber so weit wie möglich ignoriert wurde.

59. Abgesehen von einigen viel publizierten Ausnahmen wurden die durch die globalisierte Wirtschaft erzeugten und von den Verfechtern des früheren Modells viel gepriesenen nachhaltig hohen Wachstumsniveaus nicht entschieden genug auf eine breit angelegte, niemanden ausgrenzende und ausgewogene Entwicklung ausgerichtet, die in der Lage wäre, extreme Armut zu beseitigen und die schlimmsten Formen menschlichen Leids zu beenden. Stattdessen kam es, vor allem in Industrieländern, häufig zu einer auf eine kleine Minderheit der Bevölkerung begrenzten Konzentration von großem Wohlstand und Reichtum, während in den Entwicklungsländern tätige multinationale Unternehmen in der Lage waren, sich riesige Vermögen anzueignen, mit nur begrenzten Gegenleistungen in Form von Steuern oder menschenwürdigen, gut bezahlten Arbeitsplätzen.

60. Ländern, deren Entwicklung ins Stocken geraten war, wurde geraten, die kurzfristigen politischen Strategien der Vergangenheit aufzugeben und sich den Möglichkeiten der globalen Wirtschaft zu öffnen, und zum Teil wurde ihnen dies auch aufgezwungen. China hatte es so gemacht – und auch Indien mit beachtlichen Ergebnissen – warum also nicht auch sie? Dies waren die moralischen Lektionen, die den meisten Entwicklungsländern erteilt wurden. Sie haben sich als verfehlt und extrem schädlich erwiesen. Die Erfolgsbilanz der Globalisierung auf dem Gebiet der Entwicklung ist

bestenfalls nicht beeindruckend und schlimmstenfalls tragisch, vor allem im Falle der Frauen, deren Situation sich im Vergleich zu der der Männer nicht verbessert hat und die die größte wirtschaftliche, soziale und physische Last der Armut zu tragen haben.

61. Die Diagnose der Ursachen für die gescheiterte Entwicklung ist ein komplexer Prozess, der zum Teil nicht ohne Polemik verläuft. Die Entwicklungsländer verweisen gewöhnlich auf das Versäumnis der Reichen, ihrer Verpflichtung zur Förderung der Entwicklung nachzukommen, sowie auf die Ungerechtigkeiten des Globalisierungsmodells, das die Industrieländer generell verfechten und von dem sie profitieren. Die reichen Länder verurteilen ihrerseits die Versäumnisse der Ordnungs- und der demokratischen Prozesse, die sie für die Hauptursache der blockierten Entwicklung und der Art und Weise halten, in der etablierte Eliten, die selbst von den Auswirkungen der Entwicklungsversäumnisse abgeschottet sind, Veränderungen ablehnen. Die daraus resultierende festgefahrene Situation und die gegenseitigen Schuldzuweisungen haben der Funktionsweise des multilateralen Systems erheblich geschadet und der Entwicklung nicht viel genützt – mit anderen wichtigen internationalen Gewerkschaftszielen als Kollateralschaden.

62. Es ist nicht schwer, von der Sterilität dieser Polemik drei Hauptschlussfolgerungen als Grundlage einer neuen Entwicklungsagenda abzuleiten: Das derzeitige Globalisierungsmodell weist Defekte auf, die behoben werden müssen, wenn die globale Wirtschaft wirkliche Perspektiven für eine ausgewogene, nachhaltige Entwicklung bieten soll. Die Entwicklungsländer müssen – wie alle anderen auch – international anerkannte Normen in Bezug auf Demokratie, verantwortungsvolle Regierungsführung und die Achtung der Menschenrechte erfüllen. Aus diesen beiden Überlegungen ergibt sich, dass beide Gruppen in ernsthafter Weise eine gemeinsame Agenda verfolgen und der Versuchung gegenseitiger Schuldzuweisungen als Ersatz für verantwortungsbewusste Maßnahmen widerstehen müssen.

63. Die Herausforderung, die Globalisierung in den Dienst der Entwicklung zu stellen, wurde bereits aufgegriffen – zumindest nominell. Die Welt-Handelsorganisation hat ihre nicht abgeschlossene Doha-Runde schließlich als „Entwicklungsrunde“ bezeichnet, und die beiden Bretton-Woods-Institutionen haben gescheiterte Strategien der Vergangenheit zugunsten einer zielgerichteten Offensive zum Armutsabbau aufgegeben. Und das multilaterale System insgesamt hat sich gemeinsam mit den einzelnen Regierungen, aus denen es sich zusammensetzt, zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele der UN bis zum Jahr 2015 verpflichtet und eine ernsthaftere Überprüfung der Wirksamkeit der Entwicklungshilfe als gewöhnlich eingeleitet.

64. Auf den ersten Blick ist all dies zu begrüßen. Die Gewerkschaften dürfen aber nicht nur nach dem Etikett urteilen, sondern müssen sich die Substanz dieser Strategien ansehen, und gemessen an diesem Kriterium lassen sie viel zu wünschen übrig. Der aktuelle Stand der Doha-Runde gibt kaum Anlass zu Optimismus bezüglich eines entwicklungsfreundlichen Ergebnisses. Die internationalen Finanzinstitutionen müssen noch viel tun, um ihre Altlasten erzwungener Austerität und sozial destruktiver Strukturanpassung abzuwerfen. Und es scheint unvermeidlich, dass viele der Millenniums-Entwicklungsziele unerreicht bleiben werden.

65. In jedem Fall müssen diese Versäumnisse aufgedeckt und Alternativen vorgeschlagen werden, und der IGB hat seine diesbezüglichen Ansichten nachdrücklich zum Ausdruck gebracht. Es muss jedoch auch erkannt werden, dass sich die grundlegenden politischen Ausrichtungen der fraglichen Organisationen allzu oft an den Thesen der etablierten Orthodoxie des Marktfundamentalismus orientieren und auf sie begrenzt bleiben. Innerhalb dieser Parameter dürfte die Erfindung eines neuen Vokabulars, um der Öffentlichkeit die Maßnahmen schmackhafter zu machen, eher nach einer neuen Marketingstrategie aussehen als nach einem wirklich verbesserten Produkt. Die WTO muss daher endlich ihre Weigerung, die sozialen Auswirkungen der Handelsliberalisierung in wirksamer Weise zu berücksichtigen, aufgeben; die Bank und der Fonds müssen ihre Auflagenpolitik radikal verändern; und die Vereinten Nationen insgesamt müssen Unterstützung für eine Agenda gewinnen, die den ehrgeizigen Zielen treu bleibt, die mit den MDG gesetzt wurden.

66. Auch die Entwicklungsländer selbst tragen hier eine erhebliche Verantwortung. Sie verlangen legitimerweise den politischen Spielraum, den sie für den von ihnen gewählten Entwicklungspfad benötigen. Ebenso legitim ist ihre Forderung nach Entwicklungshilfe von reichen Nationen, zumindest im Einklang mit den akzeptierten internationalen Zusagen. Nichts von all dem entbindet sie von der Verpflichtung, die universellen Grundsätze der Demokratie, der Menschenrechte und in der Tat der internationalen Arbeitsnormen zu achten. Dies ist keine von außen aufgezwungene Auflage, sondern eine grundsätzliche Verantwortung aller Nationen, vor allem gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung. In diesem Zusammenhang sollte fairerweise erwähnt werden, dass nicht alle Regierungsversäumnisse beabsichtigt sind. Dort, wo die Regierungseinrichtungen schwach sind und die Regierung über wenig Autorität verfügt, werden sich ernsthafte Kapazitätenprobleme entlang eines Spektrums ergeben, an dessen äußerstem Ende die tragischen und gefährlichen Extreme der weltweit zunehmenden Zahl gescheiterter Staaten zu finden sind. Vor diesem Hintergrund erscheint nachhaltige Unterstützung bei der Konsolidierung und Ausweitung der staatlichen Kapazitäten als ein sinnvollerer internationaler Beitrag zur Entwicklung als tendenziöse und selektive Versuche, Demokratie durch einen Regimewechsel zu „exportieren“.

67. Selbst wenn Vertrauen in die wirksame Verwendung der Ressourcen vorhanden ist, besteht eindeutig die Gefahr, dass der massive Bedarf an Finanzmitteln infolge der Krise und der zu ihrer Bewältigung ergriffenen Maßnahmen die Entwicklungshilfehaushalte erheblich unter Druck setzen und viele Industrieländer dazu veranlassen wird, noch weiter hinter dem von den Vereinten Nationen festgelegten Entwicklungshilfeziel von 0,7 % des BIP zurückzubleiben. Die jüngsten Erfahrungen haben in der Tat gezeigt, dass es die Krisenpolitik schwierig macht, heimischen Prioritäten keinen Vorrang gegenüber Entwicklungszielen einzuräumen. Es muss jedoch eine Anstrengung unternommen werden. Zum einen sind die Auswirkungen der Krise in den Entwicklungsländern – den sogenannten unschuldigen Zuschauern der globalen Krise, die auf den komplizierten Finanzmärkten des Nordens herangereift ist – inmitten wieder aufkeimender extremer Armut besonders akut. Zum anderen können die Industrieländer von erfolgreichen und nachhaltigen Entwicklungsprozessen nur profitieren, nicht zuletzt aufgrund der Rolle, die sie bei der Überwindung der weltweiten Rezession spielen können.

68. Es gibt viele Punkte auf der Entwicklungsagenda, bei denen sich das Gebot der Solidarität und die Logik eines aufgeklärten Eigeninteresses überschneiden. Ein gutes Beispiel ist die Migration. Die unmissverständliche Akzeptanz der Notwendigkeit und des positiven Beitrages der Migration zur Beschäftigung in der globalisierten Wirtschaft kann nicht davon ablenken, dass sie freiwillig, auf legalem Weg und innerhalb eines geordneten institutionellen Rahmens erfolgen sollte. Dass dies heute sehr häufig nicht der Fall ist, geht größtenteils auf das entwicklungsbezogene Versäumnis zurück, genügend menschenwürdige Arbeitsmöglichkeiten in den Ursprungsländern zu schaffen, wodurch ein Migrationsdruck und Migrationsströme entstanden sind, die selbst den beträchtlichen Bedarf potenzieller Aufnahmeländer sowie deren Willen und Kapazitäten, die Rechte und Interessen der Betroffenen zu schützen, übersteigen. Es muss eindeutig mehr getan werden, um dafür zu sorgen, dass die Migration unter akzeptablen Bedingungen stattfindet. Die Aussichten darauf, dies zu erreichen, werden allerdings erheblich – vielleicht entscheidend – zunehmen, wenn die Entwicklungsprozesse wirkliche Alternativen zum unfreiwilligen Verlassen des Heimatlandes auf der Suche nach einer besseren Zukunft im Ausland bieten.

### **Endlich ein verantwortungsvolles Steuerungs- und Regelungssystem?**

69. Die größte langfristige Tragödie der heutigen Krise wäre vermutlich, wenn sie nicht zu der Art von Transformationsprozess führen würde, wie ihn frühere Krisen vergleichbaren Ausmaßes in der Vergangenheit generell bewirkt haben. Dies wäre zum Nachteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überall sowie der Zukunftsaussichten unserer Gesellschaften und der globalisierten Wirtschaft, die sie verbindet.

70. Ein Bereich, in dem grundlegende Veränderungen bereits offenkundig sind und vermutlich anhalten werden, sind die Machtbeziehungen, die die Ausrichtung und Lenkung der Globalisierung bestimmen. Am deutlichsten wird dies darin, dass die G20 sehr schnell zum maßgeblichen internationalen wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungsgremium geworden ist. Sie hat zum einen den formellen Multilateralismus der UN und zum anderen den langjährigen und exklusiven G8-Klub der Gruppe der acht reichsten Länder verdrängt, um die Führungsrolle bei der Krisenreaktion der internationalen Gemeinschaft zu übernehmen.

71. Naheliegende Einwände können hinsichtlich der Legitimität und der Repräsentativität der G20 geäußert werden – einer selbst ernannten Gruppe, deren demokratisches Mandat nicht über die ihr angehörenden Länder hinausgeht. Obwohl sich der IGB dieser Einwände bewusst ist, hat er bereits frühzeitig beschlossen – zu Recht, wie die Entwicklungen gezeigt haben –, sich an dem Prozess zu beteiligen, um wichtige Beschlüsse zu beeinflussen. Wenn die G20 jedoch Bestand haben soll, wird sie sicher Verbindungen und Wechselbeziehungen zu Ländern außerhalb der Gruppe selbst sowie zu den multilateralen Organisationen aufbauen müssen. Wie das in der Praxis funktionieren würde, ist bisher noch unklar.

72. Was hingegen völlig klar ist, ist die Tatsache, dass die G20 eine entschiedene und historische tektonische Plattenverschiebung in den geopolitischen Beziehungen bewirkt hat. Der Einfluss Russlands, Brasiliens, Indiens und Südafrikas im internationalen System hat im Laufe des letzten Jahrzehnts oder länger stetig zugenommen, und ihre Rolle in der G20 kann als natürliche Krönung dieses Prozesses betrachtet werden. Die spektakulärste und bedeutendste Entwicklung ist jedoch die Führungsrolle, die China übernommen hat.

73. Chinas Aufstieg zur wirtschaftlichen Supermacht ist ein zentrales Merkmal des beschleunigten Globalisierungsprozesses gewesen, seit das Land Ende der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts entschieden hatte, seine Isolation vom Rest der Welt aufzugeben. Neu ist jedoch, dass China nun beschlossen zu haben scheint, sich nicht auf seine wirtschaftliche Überlegenheit zu beschränken, sondern auch eine Führungsrolle in der G20 zu übernehmen. Dieser Beschluss ist so offensichtlich, dass einige Beobachter ihn so auslegen, als sei eine G2 entstanden (die USA und China), mit erheblichem Einfluss innerhalb der G20, und als seien die von den USA beherrschten einpoligen Machtbeziehungen in der Zeit nach dem Kalten Krieg definitiv zu Ende. In diesem Fall hätte das G2-Verhältnis dadurch eine besondere Dynamik, dass die beiden Staaten Archetypen und Gegensätze innerhalb der massiven strukturellen Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft sind, um deren Abbau sich die G20 bereits bemühen will.

74. Chinas Führungsrolle in der G20 in Verbindung mit dem strategischen Einsatz seiner enormen finanziellen Ressourcen und seinem erheblichen politischen Einfluss wird vermutlich genauso viel Aufmerksamkeit seitens des IGB und seiner Mitgliedsorganisationen erfordern wie zuvor den wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in China geschenkt wurde. Da sich das Land stets als Verbündeter der Entwicklungsländer verstanden hat, wird seiner rapide ausgeweiteten Präsenz auf dem afrikanischen Kontinent bereits besondere Beachtung geschenkt. Seine Bereitschaft, in großem Umfang Investitionen vorzunehmen, ohne daran Zwangsaufgaben zu knüpfen, wurde von vielen afrikanischen Regierungen begrüßt. Andere sehen jedoch weniger positive Aspekte: die Missachtung der Rechte und Interessen der Beschäftigten; die möglichen Samen einer künftigen Schuldenkrise; und sogar eine Rückkehr zu der Machtpolitik des Kalten Krieges, bei der sich die Entwicklungs- und Investitionspolitik eher an den strategischen Interessen als an den tatsächlichen Bedürfnissen der betroffenen Länder orientierte.

75. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen darf nicht vergessen werden, dass die satzungsmäßige Bindung des IGB an ein multilaterales System im Rahmen der UN, ihrer Sonderorganisationen und verbundener Organisationen bedeutet, dass er die Gefahr im Auge behalten muss, dass sie durch den Plurilateralismus der G20 untergraben werden. Leichter wird dies durch die Leistungsschwäche des Systems in den letzten Jahren nicht. Das wurde in der Endphase in Kopenhagen deutlich, als fünf Länder – bezeichnenderweise die USA, China, Brasilien, Indien und Südafrika – eilig zusammenkommen mussten, um noch etwas aus dem generell gescheiterten Verhandlungsprozess zu retten. Ein Beleg dafür ist auch der zunehmende Rückgriff auf individuell getroffene bilaterale und regionale Handelsabsprachen, während die WTO nicht in der Lage zu sein scheint, sich aus dem Sumpf der Doha-Runde zu befreien. Und die Tatsache, dass die G20 hastig konstituiert werden musste, um eine wirksame Reaktion auf die Krise zu ermöglichen, ist kaum ein Vertrauensvotum für die Vereinten Nationen und deren Kapazitäten.

76. Trotz dieser Probleme gibt es jedoch auch positivere Anzeichen für die Zukunft des Multilateralismus und für die Aussichten auf ein erneutes Interesse an einer wirksamen Lenkung der globalen Wirtschaft. Besonders wichtig und ermutigend für die Gewerkschaften ist selbstverständlich die Tatsache, dass die IAO eine zentrale Rolle in der G20 gefunden hat. Dies spiegelt die langfristigen Fortschritte in Richtung auf die Anerkennung



der Bedeutung menschenwürdiger Arbeit auf der internationalen Agenda und den jüngsten Erfolg dabei wider, Arbeitsfragen in den Mittelpunkt der Krisenbekämpfung zu rücken.

77. Unterdessen haben zwei andere Institutionen, an denen die Gewerkschaften im Laufe der Jahre starke Kritik geübt haben, gegensätzliche Erfahrungen gemacht. Die WTO findet längst nicht mehr so viel Beachtung wie zuvor, und ihre Fähigkeit, die multilaterale Agenda der Handelsliberalisierung voranzubringen, wird angesichts der sich dahinschleppenden Doha-Runde in Frage gestellt. Im Gegensatz zu früheren Ministerkonferenzen stieß die letzte im November 2009 auf nur minimales Medien- und politisches Interesse. Dennoch, und auch wenn sie in der nächsten Zeit keine Fortschritte erzielen kann, steht die WTO weiterhin einem beeindruckenden regelgestützten Handelssystem vor, inklusive Konfliktbeilegungsverfahren, die Sanktionen ermöglichen.

78. Der IWF hingegen schien in der Zeit vor der Krise zur Marginalisierung und zum Niedergang verurteilt. Sein Kreditportfolio war geschrumpft, und er war dabei, Mitarbeiter/innen zu entlassen. Seine anschließende Schicksalswende hätte kaum spektakulärer sein können. Er wurde von der G20 mit wichtigen Aufgaben betraut, vor allem bezüglich der Finanzmarktregulierung und der Festlegung eines neuen Wachstumsrahmens, und er ist erneut an viel publizierten Rettungsaktionen in einer wachsenden Zahl von Ländern beteiligt. Die Geschichte sollte uns lehren, dass dieses Comeback in den Reihen der Gewerkschaften keinen Jubel aufkommen lassen sollte. Die politischen Rezepte des IWF sind traditionell arbeitnehmerfeindlich und armenfeindlich gewesen, und es fehlte ihm an Verständnis für die grundlegenden Gewerkschaftsanliegen.

79. Es gibt jedoch klare Anhaltspunkte für einen Wandel beim IWF, dessen Geschäftsführender Direktor das nicht hilfreiche Vermächtnis seiner Vergangenheit eingestanden hat, öffentlich von dem „neuen“ IWF spricht und in vorderster Front derjenigen gestanden hat, die massive fiskalpolitische Stimulierungsmaßnahmen forderten, um der sich ausweitenden Krise zu begegnen. Es bleibt abzuwarten, ob diese Entwicklungen ausreichen werden, um mit der nach wie starken ideologischen Verbundenheit des Fonds mit den orthodoxen Theorien der Vergangenheit zu brechen.

80. So wichtig sie einzeln betrachtet auch sein mögen, die Dynamik jeder einzelnen Institution erhält erst vor dem Hintergrund der Gesamtaussichten auf ein wirkliches politisches Engagement zugunsten einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der Herausforderung einer wirksamen Lenkung der globalen Wirtschaft ihre volle Bedeutung. Auf dem Höhepunkt der Krise gaben zahlreiche Spitzenpolitiker/innen weitreichende Erklärungen über die Notwendigkeit einer derartigen Lenkung ab. Wie sonst könne die Gefahr einer erneuten Krise abgewendet werden? Wie sonst könne für die erforderliche Fairness und Nachhaltigkeit bei der Globalisierung gesorgt werden?

81. Was dies jedoch konkret gebracht hat, ist nicht viel und es wird weniger. Es wurde der vor allem von der deutschen Bundeskanzlerin verfochtene Vorschlag einer Charta für nachhaltiges Wirtschaften gemacht. Dies wird in der G20 nach wie vor erörtert, stößt jedoch eindeutig auf erheblichen Widerstand. Darüber hinaus wurde beim G20-Gipfel in Pittsburgh ein globaler Rahmen für starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum beschlossen. Dem IWF wurde eine maßgebliche Rolle bei dessen Umsetzung übertragen, aber es wurde auch deutlich gemacht, dass Arbeitsfragen ebenfalls berücksichtigt werden sollten, so dass auch die IAO einbezogen werden muss. Da die Zukunftsaussichten der Charta und des Rahmens unklar sind, wird der IGB weiterhin darauf bestehen müssen, dass eine der aus der Krise gelernten Lektionen lautet, dass das Defizit bei der Lenkung der Globalisierung beseitigt werden muss und dass die verschiedenen internationalen Organisationen besser zusammenarbeiten müssen, um für die erforderliche Kohärenz zu sorgen. Ein Zurückschrecken vor dieser Verantwortung käme einer Einladung zu einer Wiederholung der Ereignisse der letzten beiden Jahre gleich.

---

## Frieden

82. Obwohl dies bei den Diskussionen über die Krise und die Reaktionen darauf keine große Rolle gespielt hat, haben die Unsicherheit und die Instabilität, die sie mit sich gebracht hat, direkten Einfluss auf den Weltfrieden. In der Verfassung der IAO heißt es: „Der Weltfriede kann auf die Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden.“ Die Welt von heute ist weder gerecht, noch herrscht Frieden. Neben den größeren Konflikten im Irak, in Afghanistan und dem Nahen Osten, die regelmäßig Schlagzeilen machen, herrschen weltweit nicht weniger als 20 Konflikte, von denen viele einen hohen Tribut an Menschenleben und Leid fordern. Häufig stehen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in vorderster Front, wenn es darum geht, Konflikte zu vermeiden oder beizulegen. Ihre Aktivitäten können sie jedoch in Gefahr bringen und dazu führen, dass sie zur Zielscheibe einer oder sogar beider Seiten werden.

83. Es ist größtenteils unbemerkt geblieben, dass die Militärausgaben in der Zeit nach dem Kalten Krieg von der Wirtschaftskrise weitgehend unberührt geblieben sind. Mehr als 1,4 Billionen Dollar – rund 2,5% der Weltproduktion – werden jedes Jahr für Rüstung und das Militär ausgegeben, Tendenz steigend. Dies sind Ressourcen, die dringend für soziale Zwecke benötigt werden, vor allem für die Schaffung von Arbeitsplätzen und für öffentliche Dienstleistungen. Und auch trotz der willkommenen jüngsten Entwicklungen hinsichtlich der nuklearen Abrüstungsverhandlungen und der UN-Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrages, die kurz vor dem Kongress stattfindet, ist die Welt nicht frei von Massenvernichtungswaffen, und auch die Gefahr ihres Einsatzes ist nicht geringer geworden.

84. Unter diesen Umständen ist es richtig, dass der IGB den Kongress nutzt, um seine Verpflichtung zu Frieden, Abrüstung, einer Senkung der Militärhaushalte und der Verwendung der Ressourcen für sozial nützliche Zwecke erneut bekräftigt. Diese Verpflichtung prägt die Gewerkschaftsbewegung bereits seit ihren Anfängen. Sie ist im Laufe der Zeit weder geringer geworden, noch hat sie an Aktualität verloren.

# TEIL II

## ...MIT GLOBALER GERECHTIGKEIT

85. Es ist wichtig, dass die internationale Gewerkschaftsbewegung über eine Vision davon verfügt, wie sie die globalisierte Wirtschaft verändern will, um sie fair für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu machen. Das allein ist aber nicht genug. Denn wenn die Möglichkeiten für die Herbeiführung dieser Veränderung nicht vorhanden sind, ist die Vision nicht viel wert. Die Bewegung muss sich mit ihren Argumenten durchsetzen, Verbündete gewinnen und vor allem ihre eigene Stärke und Wirksamkeit ausbauen.

86. Der Gründungskongress des IGB war eine bewusste Reaktion auf diese Notwendigkeit: Der Wiener Kongress verpflichtete sich feierlich, den IGB zum Instrument eines neuen gewerkschaftlichen Internationalismus zu machen und alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, egal wo sie arbeiten, in wirksamer Weise zu vertreten. Vier Jahre später muss dieser Kongress in Vancouver eine nüchterne Bewertung der in den Anfangsjahren des IGB erzielten Fortschritte vornehmen, um auf dem, was ge Griffen hat, aufzubauen, das, was nicht funktioniert hat, zu korrigieren, und das, was übersehen wurde, hinzuzufügen.

87. Der IGB hat zweifellos zunächst von der Dynamik und der Begeisterung profitiert, die die Vereinigung ausgelöst hat. Es konnte jedoch nicht davon ausgegangen werden, dass dies lange anhalten würde. Die Herausforderung eines wirklich anhaltenden und nachhaltigen Prozesses der Stärkung des gewerkschaftlichen Internationalismus und der Verdeutlichung, dass der Mehrwert des IGB nicht nur in seiner erhöhten Mitgliederzahl, sondern auch in seiner qualitativen Verbesserung besteht, wurde im Juni 2007 vom Vorstand aufgegriffen, als er sechs „Vorschläge für den Aufbau eines neuen gewerkschaftlichen Internationalismus“ annahm und das Sekretariat mit deren Umsetzung beauftragte. Es ging dabei um Folgendes:

- eine bessere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen der internationalen Gewerkschaftsbewegung
- die Mobilisierung seiner Mitglieder um internationale Schlüsselfragen herum
- internationale Gewerkschaftsaktionen als integraler Bestandteil der täglichen Gewerkschaftsarbeit auf nationaler Ebene
- den Ausbau der Gewerkschaftskapazitäten durch Entwicklungszusammenarbeit und Bildung
- wirksame solidarische Maßnahmen
- die Zusammenarbeit mit politischen Verbündeten und Verbündeten in der Zivilgesellschaft

Zu jeder dieser Prioritäten haben umfangreiche Aktivitäten stattgefunden, aber wie der IGB selbst ist dies noch in Arbeit, und der Kongress sollte sich weiter damit auseinandersetzen.

### Unser gemeinsames Haus

88. Der Einigung auf internationaler Ebene, zu der es im November 2006 in Wien kam, schloss sich die erfolgreiche Gründung der IGB-Regionalorganisationen an: im September 2007 die der IGB-Asien/Pazifik, im November 2007 die der IGB-Afrika und im März 2008 die des IGB-TUCA. Im März 2007 wurde zudem der Pan-Europäische Regionalrat (PERR) ins Leben gerufen. Darüber hinaus hat der umfassende Konsolidierungsprozess auf sektoraler Ebene – der sich qualitativ von dem regionalen Einigungsprozess unterscheidet, da autonome Verbände beteiligt sind – ebenfalls ermutigende Fortschritte gemacht. Infolgedessen arbeitet der IGB, wie es seine Satzung vorsieht, eng mit den Globalen Gewerkschaftsföderationen (GUFs) als den in höchstem Maße repräsentativen Branchenverbänden zusammen. Diejenigen, die eine sektorale Einigung abgelehnt haben und außerhalb der GUFs stehen, sind unbedeutend.

89. Nach dem Abschluss der strukturellen Einigung hat sich der Mitgliederstand des IGB von ursprünglich 168 Millionen in 304 Mitgliedsorganisationen und 153 Ländern auf 176 Millionen in 312 Mitgliedsorganisationen und 155 Ländern zum Zeitpunkt seines 2. Kongresses erhöht. Dies hat jedoch nicht zu erhöhten Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen geführt. Im Gegenteil, die im Haushalt veranschlagten Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen stiegen von 10,9 Millionen Euro im Jahr 2007 auf lediglich 11,1 Millionen Euro im Jahr 2010 an. In derselben Zeitspanne erhöhte sich der Lebenshaltungskostenindex, von dem das IGB-Hauptbüro abhängt, um sechs Prozentpunkte, mit dem Ergebnis, dass 2009 eine umfassende interne Reorganisation erforderlich wurde, um den Haushalt auszugleichen. Die Beschlüsse, die der Kongress bezüglich der Mitgliedsbeiträge fasst, sind daher von entscheidender Bedeutung für die künftigen Kapazitäten und die Zukunftsaussichten des IGB.

90. Zum Zeitpunkt der Gründung des IGB bestand in einigen Kreisen Besorgnis darüber, dass die Einigung auf internationaler Ebene eine Einigung auf nationaler Ebene erfordern und dass ein solcher Prozess den Mitgliedsorganisationen in irgendeiner Weise aufgezwungen würde. Wie damals zugesagt, war dies nicht der Fall. Dort, wo es auf nationaler Ebene zu einer Einigung gekommen ist, wie etwa in Pakistan, Nepal und Liberia, haben die betroffenen Organisationen diesen Weg freiwillig gewählt. Dort, wo der IGB diesen Prozess inspiriert oder gefördert hat, hat er dies gerne getan, und dort, wo dieser Schritt ebenfalls in Erwägung gezogen wird, sollte er bereit sein, dies zu unterstützen. Druck wurde auf die Mitgliedsorganisationen jedoch in keiner Weise ausgeübt. Aktivere Maßnahmen wurden lediglich bezüglich einer Reihe französischsprachiger afrikanischer Länder ergriffen, in denen die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung erheblich zu deren Schwächung beigetragen hat und Initiativen zu ihrer Überwindung begrüßt wurden.

91. Weniger sichtbar als diese Beispiele, jedoch erheblich weiter verbreitet und bisher von größerer Bedeutung, war der Trend gemeinsamer Mitglieder des IGB, für einen verbesserten Dialog, mehr Verständnis und eine bessere Zusammenarbeit unter den verschiedenen Mitgliedsorganisationen

eines Landes zu sorgen. Dies hat die Divergenzen und gelegentlichen Spannungen, die mit Gewerkschaftspluralismus einhergehen, zwar nicht beseitigt, aber häufig positive Auswirkungen auf das Verhältnis der Mitgliedsorganisationen untereinander gehabt.

92. Welche Bedeutung auch immer diesen „externen“ Folgen der Einigung beigemessen werden kann, die wichtigsten „internen“ Fragen ergeben sich aus den Erfahrungen der Mitgliedsorganisationen mit ihrer Zugehörigkeit zum IGB. Die Tatsache, dass kein nationaler Gewerkschaftsbund prinzipiell gegen eine Einigung war und seine internationale Mitgliedschaft aufgegeben hat und auch seither niemand die Einigung für einen Fehler zu halten oder der Zeit vor 2006 nachzutrauern scheint, ist ein überzeugender Beweis dafür, dass zumindest etwas erreicht wurde: Es wurde kein Schaden angerichtet. Das Ziehen von Schlüssen über diese Feststellung hinaus erfordert allerdings eine genauere – und zwangsläufig subjektivere – Bewertung der Reaktionen auf die letzten vier Jahre.

93. In diesem Zusammenhang muss der offensichtliche und reale Vorteil einer Mitgliedschaft bei einer größeren und sichtbarerem internationalen Gewerkschaftsorganisation gegen mindestens zwei potenziell nachteilige Folgen abgewogen werden. Die erste könnte der Verlust des Zugehörigkeitsgefühls und der Nähe in einer größeren Organisation sein, ein geringerer Status und eine Erosion der persönlichen Beziehungen. Zahlreiche Mitgliedsorganisationen können in den leitenden Organen des IGB nicht vertreten sein und könnten zu dem Schluss gelangen, dass sie nicht genügend Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse oder auf die Richtung, die der Bund einschlägt, nehmen können, was eventuell im Widerspruch zu ihren früheren Erfahrungen steht. Die zweite Folge könnten grundsätzlichere Divergenzen sein, das Gefühl, dass der IGB nicht die Art von Gewerkschaft oder die Gewerkschaftstradition widerspiegelt, der eine Organisation verbunden ist, so dass das Gefühl entsteht, dass etwas Wichtiges unwiderruflich verloren gegangen ist.

94. Beide Bedenken müssen ernst genommen werden, vor allem das erste, da einige Mitgliedsorganisationen frustriert darüber sind, dass der IGB zu unnahbar ist oder nicht genügend auf ihre Ansichten und Bedürfnisse eingeht. Dies könnte als unvermeidliche Folge einer großen Organisation betrachtet werden. Große Organisationen sind von Natur aus unpersönlicher, und Ressourcenzwänge bedeuten, dass der IGB nicht immer so viel Zeit bei Mitgliedsorganisationen zubringen kann, wie sie dies vielleicht möchten. Es ist jedoch dringend notwendig – und eine Pflicht des IGB-Sekretariats sowie der Entscheidungsgremien –, sich der Forderungen und Anliegen aller Mitgliedsorganisationen bewusst zu sein und darauf in so wirksamer Weise wie möglich zu reagieren. In dieser Hinsicht ist die Rolle der Regionalorganisationen von großer Bedeutung, da sie die natürlichen ersten und nächsten Ansprechpartner für die Mitgliedsorganisationen sind. Ihre Aufgabe besteht darin, ständigen Kontakt zu allen Mitgliedsorganisationen zu halten und sich intensiv darum zu bemühen, deren Erfahrungen, Ansichten und Bedürfnisse an die internationale Ebene weiterzuleiten.

95. Das zweite Bedenken, das bei den Diskussionen im Vorfeld der Einigung sehr deutlich wurde, hat nicht zu der Art von Schwierigkeiten oder Spaltung geführt, durch die der IGB geschwächt oder seine Existenzfähigkeit langfristig gefährdet werden könnte. Die Mitgliedsorganisationen haben die einheitliche und pluralistische Beschaffenheit des Bundes akzeptiert, und er hat seine Fähigkeit unter Beweis gestellt, unterschiedliche Auffassungen und Traditionen zusammenzuführen, ohne bei der Entwicklung und Umsetzung seiner Konzepte in schädlicher Weise an Konzentration oder Substanz zu verlieren. Es sind in der Tat keine nennenswerten politischen Spaltungen zwischen zuvor unterschiedlichen Organisationen angehörenden Mitgliedern oder Nichtmitgliedern aufgetreten, noch hat es irgendwelche schädlichen Tendenzen bezüglich der Organisation auf der Grundlage unterschiedlicher Lager gegeben. Die Mitgliedsorganisationen haben ihre erste Pflicht – die der Solidarität untereinander – erfüllt, und der IGB hat dadurch an Stärke gewonnen. Noch stärker wird er werden, wenn der Kongress das satzungsmäßige Prinzip, dem zufolge die Zusammensetzung der gewählten leitenden Organe des Bundes dessen pluralistischen Charakter widerspiegeln sollte, streng anwendet.

## **Der IGB und die anderen**

96. Der IGB verfügt heute über eine beispiellose Repräsentativität in der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Es gibt jedoch noch andere Akteure, und die Beziehungen des IGB zu ihnen werfen wichtige und zum Teil kontroverse Fragen auf. Die Beziehungen zu seinen Global-Unions-Partnern – den Globalen Gewerkschaftsföderationen und dem TUAC – sowie zum EGB, vor allem über den PERR, sind in der Satzung des IGB verankert. In diesen Fällen geht es lediglich darum, wie die vorhandenen Partnerschaften gestärkt und maximal genutzt werden können. Im Falle der anderen geht es um unterschiedliche Fragen, bei denen zum Teil grundsätzliche Punkte zu klären sind.

97. Seit der zeitgleichen Auflösung des IBFG und des WVA unmittelbar vor der Gründung des IGB ist der Weltgewerkschaftsbund (WGB) die einzige andere internationale Gewerkschaftsorganisation, die bei der IAO denselben uneingeschränkten Beraterstatus hat wie der IGB. Seit dem Ende des Kalten Krieges, während dessen der WGB ein zielstrebiges Protagonist war, hat er erheblich an Mitgliedern und Einfluss verloren. Er übt jedoch nach wie vor radikale Kritik am globalen Kapitalismus, unterstützt die fortbestehenden staatlich geförderten Gewerkschaftsmonopole, verteidigt Regime, die die Gewerkschaftsrechte verweigern, und steht dem IGB mit anhaltend unerbittlicher Feindseligkeit gegenüber. An der Verurteilung des IGB durch den WGB zum Zeitpunkt des Wiener Kongresses hat sich seither nichts geändert. In einem kürzlichen Posting auf der Internetseite des WGB bezeichnete einer seiner Vertreter den IGB als „korrupt und korrumpiert“.

98. Unter diesen Umständen wären institutionelle Kontakte zum WGB zwecklos und wurden nicht angestrebt. Eine Reihe von WGB-Mitgliedsorganisationen, die wirkliche Gewerkschaftsarbeit verrichten, unterhalten jedoch nach wie vor positive Beziehungen zum IGB und wurden zur Teilnahme an zahlreichen Aktivitäten eingeladen.

99. Zwei regionale Gewerkschaftsorganisationen arbeiten ebenfalls insofern parallel zu den Strukturen des IGB, als sich nicht nur ihr geografischer Zuständigkeitsbereich, sondern auch ihre Mitgliederstände erheblich oder sogar überwiegend überschneiden. Besonders ausgeprägt ist dies im Falle der Organisation für Afrikanische Gewerkschaftseinheit (OATUU), deren Mitgliedsorganisationen mit großer Mehrheit auch der IGB-Afrika angehören. Trotz der Gelegenheit, die sich durch den internationalen Einigungsprozess bot, hat sich an dieser Situation – „ein Körper, zwei Köpfe“

– bisher nichts geändert. Die OATUU hat die Einladung, sich aktiv an dem regionalen Prozess zu beteiligen, der zur Gründung der IGB-Afrika geführt hat, nicht angenommen, und seither sind nur wenige sichtbare Fortschritte erzielt worden.

100. Es gibt eine Reihe möglicher Erklärungen für diese festgefahrene Situation: Loyalität gegenüber einer seit langem existierenden Regionalorganisation; das Gefühl, dass afrikanische Belange im Rahmen einer weltweiten Organisation nicht angemessen verfolgt werden können; das Hindernis einer Handvoll von OATUU-Mitgliedern, die nicht dem IGB angehören; sowie die materiellen Vorteile einer Mitgliedschaft bei zwei Organisationen. Die wichtigere Frage lautet jedoch, ob diese Dualität, abgesehen von der oberflächlichen Inkohärenz, eine besonders große Rolle spielt. Einige würden sagen, dass sie dies nicht tut. Es sollte allerdings nicht vergessen werden, dass der afrikanischen Gewerkschaftsbewegung dadurch der Nutzen vorenthalten wird, den der IGB daraus gezogen hat, dass er mit einer einzigen Stimme für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sprechen kann; dass dies Konkurrenz um Ressourcen und Vertretungsspielraum nach sich ziehen kann und dies auch getan hat; und schließlich, was am wichtigsten ist, dass damit schädliche Differenzen hinsichtlich der Politik und der Standpunkte in Fragen von so grundsätzlicher Bedeutung wie der Gewerkschaftsfreiheit einhergehen können. Es ist erwiesen, dass die OATUU nicht oft dieselbe kompromisslose Bereitschaft wie der IGB an den Tag gelegt hat, wenn es darum ging, Rechtsverletzungen seitens einzelner Regierungen anzuprangern.

101. Obwohl alle Mitgliedsorganisationen Interesse an diesen Fragen haben, sind es in jedem Fall die afrikanischen Mitglieder des IGB, die bei der Bewertung der aktuellen Situation und bei der Mobilisierung des politischen Willens und der Mittel zur Herbeiführung der von ihnen für notwendig erachteten Veränderungen die Führungsrolle übernehmen müssen. Dasselbe gilt für die Mitgliedsorganisationen in arabischen Ländern, die bezüglich des zweiten regionalen Gewerkschaftsgremiums, des Internationalen Bundes Arabischer Gewerkschaften (ICATU), als Hauptakteure auftreten müssen.

102. Da der ICATU in der Praxis lediglich eine Organisation pro Land akzeptiert, ist eine beträchtliche Zahl von IGB-Mitgliedsorganisationen von einer Mitgliedschaft ausgeschlossen, und diejenigen, die Mitglieder sind, verfügen über keine maßgebende Mehrheit wie in der OATUU. Beim ICATU-Kongress im Februar 2010 in Khartoum (Sudan) wurde ein Führungswechsel vorgenommen, und nach dem Kongress nahmen die arabischen IGB-Mitgliedsorganisationen eine Überprüfung der Gesamtstrategie und Aktionsmittel des IGB bezüglich ihrer Region vor, die aus vielerlei Gründen prioritäre Aufmerksamkeit verdient.

103. Bei ihrem Treffen im April 2010 in Tunis forderten diese Mitgliedsorganisationen drei klare Aktionslinien: ein fortgesetztes Engagement im und mit dem ICATU, mit der eindeutigen Absicht, ihn dazu zu veranlassen, die unabhängige und demokratische Gewerkschaftsbewegung in arabischen Ländern zu stärken und sämtlichen Gewerkschaftsrechtsbeschränkungen entgegenzutreten; die Stärkung des IGB-Büros in Amman, um für eine politische Vertretung in der Region und nicht nur für eine rein technische Präsenz zu sorgen; und die Schaffung der Möglichkeit für die arabischen Mitgliedsorganisationen innerhalb der eigenen Strukturen des IGB für Treffen und die Diskussion relevanter Fragen – etwas, was bisher nicht der Fall war und eine Ausnahme unter den verschiedenen Bestandteilen des IGB ist. Diese Vorschläge, die der Kongress positiv aufnehmen sollte, wurden durch die Wiederholung der langjährigen Forderung nach einer größeren Verwendung der arabischen Sprache bei der Arbeit des IGB untermauert.

104. Auf nationaler Ebene richten sich die Beziehungen zu Gewerkschaftsdachverbänden, die dem IGB nicht angehören, zunächst nach den satzungsmäßigen Kriterien für eine Mitgliedschaft. Der IGB hat größtes Interesse an ihrer strikten Anwendung, und dass sie in der Tat angewandt werden, wird durch die Tatsache deutlich, dass zwar 20 Organisationen seit dem Wiener Kongress neu als Mitglieder aufgenommen wurden, die Anträge von 41 Bewerbern aber von einer weiteren Prüfung ausgeschlossen und zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Dokumentes insgesamt 35 Beitrittsgesuche geprüft wurden. Wie groß das Interesse des IGB an einer Ausweitung seiner Repräsentativität auch sein mag, wesentlich größeres Interesse hat er daran, weiterhin für die Verteidigung seiner Prinzipien einer unabhängigen und demokratischen Gewerkschaftsbewegung einzutreten.

105. Dies tut der Offenheit und der Eingliederungsbereitschaft keinen Abbruch, die der IGB bei seinen Beziehungen zu Nicht-Mitgliedern an den Tag gelegt hat. Er hat sich stets darum bemüht, ihnen die Hand zu reichen, vor allem Organisationen, die die Mitgliedschaft zwar noch nicht beantragt haben, die aber die Kriterien für eine Mitgliedschaft erfüllen könnten. Aus diesem Grund wurden Nicht-Mitglieder beispielsweise regelmäßig vom IGB in das Asiatisch-Pazifische Gewerkschaftsnetzwerk (APLN) sowie in Aktivitäten im Zusammenhang mit den Asien-Europa-Treffen (ASEM) einbezogen, und deshalb arbeiten sie Seite an Seite mit IGB-Mitgliedern in den subregionalen gewerkschaftlichen Koordinierungsgremien in der gesamtamerikanischen Region.

106. Der in der Satzung verankerte Status einer assoziierten Organisation hat sich bezüglich seiner beabsichtigten Funktion, einigen Organisationen den Übergang zu einer Mitgliedschaft zu erleichtern, als von gewissem Nutzen erwiesen. Zwei von 16 ist dieser Übergang bisher geglückt, und die Aussichten verschiedener anderer sind ermutigend. In der Praxis war es jedoch nicht immer leicht, den in diese Kategorie fallenden Organisationen die Art der Zusammenarbeit anzubieten oder die vorgesehene Auswertung vorzunehmen, um dieses System so wirksam wie möglich zu machen. Diese Fragen würden eine Überprüfung verdienen.

107. Die Beziehungen zu einem nicht angeschlossenen Gewerkschaftsdachverband haben, ausnahmsweise, strategische Bedeutung für den IGB erlangt und sind Gegenstand zahlreicher Debatten gewesen. Der Vorstand hat im Dezember 2007 beschlossen, einen Prozess des Dialogs und der Kontaktaufnahme mit dem Allchinesischen Gewerkschaftsbund (ACGB) zu beginnen, um praktische Bereiche für gemeinsame Aktivitäten festzulegen, die die Ziele des IGB voranbringen würden. Dabei wurde deutlich gemacht, dass dies nichts an der Verpflichtung des IGB zur Verteidigung und Förderung der Gewerkschaftsrechte in China wie auch anderswo ändern werde.

108. Fortschritte sind bei diesem Prozess der Kontaktaufnahme zuweilen nur frustrierend langsam erzielt worden, und die Ergebnisse waren uneinheitlich, wobei sich die Mitgliedsorganisationen hinsichtlich ihrer Bedeutung und ihres Wertes nach wie vor nicht einig sind. Der IGB wird in jedem Fall ein Jahr nach dem Kongress den Wert dieses Prozesses insgesamt beurteilen müssen, wenn er nämlich Position zu der nachdrücklichen Forderung des ACGB nach einem ordentlichen Sitz in der Arbeitnehmergruppe des IAO-Verwaltungsrates bezieht, womit der gesamte Prozess inzwischen eng verknüpft wurde.

## Global Unions

109. Die Bilanz der Zusammenarbeit zwischen dem IGB und seinen Global-Unions-Partnern sieht gut aus, und die Beziehungen zu ihnen verliefen größtenteils problemlos. Die wichtigste strukturelle Neuerung war die Einrichtung des Global-Unions-Rates (GUR) als Instrument der strukturellen Partnerschaft mit ihnen, wie in der Satzung gefordert. Bei der Anfang 2010 von dem Rat selbst vorgenommenen Überprüfung seiner Arbeit während der ersten drei Jahre wurden sowohl positive Ergebnisse als auch andauernde Herausforderungen hervorgehoben.

110. Ein positives Ergebnis ist u.a. die Tatsache, dass der Rat inzwischen gut etabliert ist und über vereinbarte Lenkungsprozesse und Finanzmittel verfügt, so dass seiner Existenz langfristig nichts im Wege steht. Weniger greifbar, aber nicht weniger vorhanden, ist das zunehmende Engagement innerhalb des Rates, in dem Maße, in dem jede Organisation ihre eigenen Schlüsse aus den konkreten Erfahrungen der Zusammenarbeit gezogen hat. Lediglich eine GUF hat sich dafür entschieden, außerhalb des Rates zu bleiben, weshalb die Beteiligung aller GUFs nach wie vor eine wichtige Herausforderung ist.

111. Wie bei der Überprüfung festgestellt wurde, ist das volle Potenzial des Rates jedoch noch nicht ausgeschöpft, da noch wesentlich mehr Fortschritte erzielt werden müssten, wie es dort heißt. Ausgerichtet werden müssen diese Fortschritte auf das wichtigste Mandat des Rates, Mitgliederwachstum und Organisierung, wo ihm seine strategische Position am Schnittpunkt der internationalen Bewegung hinsichtlich der Arbeit nationaler Gewerkschaftsdachverbände und ihrer Mitgliedsorganisationen besondere Möglichkeiten bietet. Dies spiegelte sich in der ersten bedeutenden Veranstaltung des Rates wider, der Internationalen Konferenz über Organisierung, Anerkennung und Gewerkschaftsrechte im Dezember 2007 in Washington. Bei seiner Überprüfung hat der GUR zweierlei Rollen für sich selbst ausgemacht: Förderung organisierungsfreundlicher Rahmenbedingungen und Konzipierung unternehmensspezifischer Organisierungsstrategien. Davon, wie er diese Rollen definiert und erfüllt, wird ganz entscheidend abhängen, inwieweit die internationale Gewerkschaftsgruppierung Global Unions in der Lage sein wird, die viel diskutierte, aber bisher noch nicht endgültig festgelegte „internationale Organisierungsagenda“ in wirksamer Weise zu konzipieren und umzusetzen. Der Kongress könnte Anleitungen dazu geben, wie sich diese Arbeit aus der Warte des IGB weiterentwickeln sollte.

112. Die Zusammenarbeit mit dem TUAC ist eng und produktiv und hat im Zuge der an Gestalt und Einfluss gewinnenden Reaktion der internationalen Gewerkschaftsbewegung auf die globale Krise erheblich an Profil gewonnen. Die Tatsache, dass die Gewerkschaftsvertreter/innen im September 2009 von neun der Staats- und Regierungschefs der G20 bei ihrem Gipfel in Pittsburgh empfangen wurden, belegt dies, ebenso wie der erkennbare Einfluss, den die Mitgliedsorganisationen auf die Ergebnisse des G20-Prozesses gehabt haben, was noch wichtiger ist. Diese Erfahrungen haben in jedem Fall die zentrale Bedeutung des IGB-Mandats hinsichtlich der internationalen politischen Agenda bestätigt. Aber wie gut das Gefühl auch sein mag, das uns die Fortschritte der letzten Monate vermitteln, das endgültige Ziel wurde bisher nicht erreicht – die Welt hat sich bisher noch nicht für uns bewegt. Die internationale Bewegung muss daher unablässig auf neue Gelegenheiten achten, um eine grundlegende Veränderung herbeizuführen, und sie muss in der Lage sein, diese Gelegenheiten zu nutzen.

113. Ein weiterer Arbeitsbereich, der gemeinsam mit dem TUAC bereits in Angriff genommen wurde, geht diese Aufgabe dadurch an, dass der Forderung nach einer anderen Art von Globalisierung mehr Substanz verliehen wird. Dies beinhaltet eine ehrgeizige und notwendige Initiative zur Definition eines „neuen Wachstumsmodells“, das den Gewerkschaften dabei behilflich sein kann, erstens mit größerer Exaktheit zu sagen, was genau ein Paradigmenwechsel bei der Globalisierung bedeuten würde, und zweitens die Argumente derjenigen zu widerlegen, die bereits das große neoliberale Comeback planen und behaupten, es gebe keine praktikable Alternative zu ihren Rezepten.

114. Die Krise hat eine andere, bereits gelernte Lektion deutlich gemacht, nämlich dass die internationale Gewerkschaftsbewegung dafür sorgen muss, dass alle Aspekte ihrer Aktivitäten bezüglich der globalen Wirtschaft – Handel, Investitionen, Klimawandel, Entwicklung, internationale Finanzen, Krisenreaktion – in eine einzige, kohärente Strategie integriert werden. Folglich sollten ihre Arbeitsmethoden und -strukturen diesen integrierten Zweck widerspiegeln, was wiederum bedeutet, dass alles getan werden muss, um sicherzustellen, dass die dezentralisierten Kapazitäten der Bewegung – in Brüssel, Genf, Washington, Paris und in den verschiedenen Regionen – mit optimaler Wirkung miteinander verbunden werden. Der Hintergrund, vor dem diese Bemühungen stattfinden müssen, hat sich verändert und verändert sich weiter. Den weitreichenden Veränderungen auf der Gewerkschaftsseite im Zuge der Einigung haben sich bedeutende Veränderungen auf der Regierungsseite angeschlossen, als die G8 als Avantgarde der globalen politischen Entscheidungsprozesse von der G20 verdrängt wurde. Mit seinen Partnern – und auf der Grundlage der kürzlich neu gewonnenen Dynamik – sollte der IGB nicht davor zurückschrecken, die vorhandenen Verfahren vor dem Hintergrund dieser Veränderungen sorgfältig zu überprüfen.

115. Mit der ausgefeilten Architektur des PERR wurde zum ersten Mal eine Struktur für die Verankerung der Beziehungen zwischen dem IGB und dem EGB geschaffen. Davon, dass der PERR gut gearbeitet hat, haben nicht nur die Mitgliedsorganisationen profitiert, die ihm angehören, sondern auch das allgemeine Klima hat sich durch die positive Zusammenarbeit zwischen den beiden Gewerkschaftsbünden verbessert. Diese Zusammenarbeit war noch nie besser, und sie hängt in der Tat ebenso vom guten Willen und vom Engagement jeder einzelnen Organisation und von der gemeinsamen Bestätigung geteilter Ziele und der jeweiligen Verantwortungsbereiche und Kompetenzen ab wie von den formellen Regeln und Strukturen. Diese Reflexe müssen erhalten bleiben.

## Solidarität bekunden

116. Die Rhetorik der Solidarität kostet relativ wenig; die Bekundung praktischer Solidarität erfordert generell mehr Aufwand an Arbeit und Ressourcen und ist eine wesentliche Verantwortung des IGB. Sie hat mindestens zwei unterschiedliche Dimensionen: die konkrete, unverzügliche und wirksame Unterstützung Bedürftiger und die Konzipierung von Maßnahmen, die in angemessener Weise auf die Interessen aller Mitgliedsorganisationen eingehen und in Fällen, in denen diese auseinanderzugehen scheinen oder miteinander konkurrierende Prioritäten zu berücksichtigen sind, für Gerechtigkeit sorgen.

117. Der IGB hatte das Glück, auf den Erfahrungen, Methoden und Netzwerken aufbauen zu können, die schon viele Jahre vor seiner Gründung der Verteidigung derjenigen dienten, deren Rechte angegriffen wurden. Er hat sich darum bemüht, sie intensiver zu nutzen und durch innovative Initiativen zu ergänzen, u.a. durch Großveranstaltungen auf nationaler Ebene wie die, die in Guinea und Guatemala stattgefunden haben und wie sie jetzt für Simbabwe und die Türkei geplant sind. Die Wirkung all dieser Bemühungen wird jedoch in großem Umfang davon abhängen, inwieweit sie auf die aktive Unterstützung der Mitgliedsorganisationen zählen können: Ein Brief an eine Regierung mag vielleicht noch nicht die Freilassung eines Gewerkschaftsmitgliedes aus der Haft oder die Wiedereinstellung anderer bewirken – 50 solcher Briefe womöglich schon. Diese Art der Mobilisierung ist aber nicht allein durch die Solidaritätsbereitschaft einer Handvoll Einzelpersonen in IGB-Mitgliedsorganisationen zu garantieren. Hier ist eine allgemeinere Anstrengung erforderlich, um weltweit Sensibilisierungsarbeit in Bezug auf Gewerkschaftsrechtsfragen zu leisten und die an der Gewerkschaftsbasis vorhandene Solidarität zu nutzen. Die Jährliche Übersichte des IGB über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten ist zu einem schlagkräftigen Instrument für diesen Zweck geworden, und es ist wirkliches Potenzial vorhanden, um mittels kreativer audiovisueller Produkte und Kampagnen noch mehr zu tun.

118. Der IGB kann als dynamisches Instrument für die Bekundung materieller Solidarität zudem auf seinen Solidaritätsfonds zählen, der durch freiwillige Beträge von – leider zu wenigen – Mitgliedsorganisationen gespeist wird. Dieser Fonds ist jedoch nicht so dynamisch wie er sein sollte, denn obwohl Fortschritte bei der Festlegung strenger Kriterien für die Verwendung der Mittel erzielt und seine Aktivitäten der Aufsicht eines Verwaltungsrates unterstellt wurden, sind die ursprünglichen ehrgeizigen Erwartungen bisher nicht erfüllt worden. Das Hauptproblem bestand unerwarteterweise in dem beunruhigenden Versäumnis, Gelder aus dem Fonds für die wirklich solidarischen Zwecke, für die er eingerichtet wurde, zu verwenden. Die Ausgaben waren gering, und die nicht verausgabten Mittel wuchsen in einem Umfang, der die Beitragszahler an der Notwendigkeit zweifeln ließ, weitere Mittel einzuzahlen.

119. Es dürfte sicher nicht die Möglichkeiten des IGB übersteigen, die in dem Fonds verfügbaren beträchtlichen Ressourcen auf den eindeutigen Bedarf an solidarischer Unterstützung überall auf der Welt abzustimmen. Die bisherigen Erfahrungen deuten jedoch darauf hin, dass dies eine völlig andere Art seiner Verwaltung und eine konzertierte Anstrengung erfordern wird, um ihn unter potenziellen Beitragszahlern und Nutzern bekannt zu machen. Es ist ein erhebliches Potenzial vorhanden, und der Kongress könnte deutlich signalisieren, dass er dieses verwirklicht sehen möchte.

120. Im Zusammenhang mit den politischen Entscheidungsprozessen kommt Solidarität weniger häufig zum Tragen, obwohl dies ein Thema ist, mit dem sich der IGB regelmäßig auseinandersetzen hat, oft unter schwierigen Bedingungen. Dies liegt in der Tat der am häufigsten gestellten Frage bezüglich der Existenzberechtigung und der Glaubwürdigkeit des IGB zugrunde: Kann er wirklich von sich behaupten, unter derart verschiedenen und verwirrenden Rahmenbedingungen, bei denen offensichtlich unterschiedliche und möglicherweise widersprüchliche Interessen verfolgt werden, eine wirksame Arbeitnehmervertretung zu sein? Diese Frage gewinnt vor dem Hintergrund eines Globalisierungsprozesses, der noch mehr Möglichkeiten zu bieten scheint, um die verschiedenen Gruppen von Beschäftigten gegeneinander auszuspielen, zusätzliches Gewicht.

121. Der IGB kann die realen Schwierigkeiten, die sich bei der Abgleichung unterschiedlicher, aber legitimer Gewerkschaftsanliegen bei der Festlegung gemeinsamer politischer Positionen ergeben können, weder ignorieren noch sich davon abschrecken lassen. Es gibt keine Alternative zu der harten Arbeit, die in Bezug auf Konsultationen, Überzeugungsbemühungen, Kompromisse und Konsensfindung erforderlich ist, und der IGB und seine Mitgliedsorganisationen verfügen bereits über beträchtliche diesbezügliche Erfahrungen, wie etwa im Zusammenhang mit Handelsfragen oder kürzlich mit dem Klimawandel. Er hat daraus gelernt, dass die Mitgliedsorganisationen aus allen Regionen umfassend in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden müssen, dass der einfache Weg des kleinsten gemeinsamen Nenners vermieden werden muss, dass jede Mitgliedsorganisation versuchen muss, sich die Umstände und Probleme der anderen vor Augen zu führen, und dass alle dazu stehen müssen, wenn eine Position festgelegt wurde, auch wenn diese nicht perfekt ist. Dies mag nicht immer leicht sein – aber das ist Solidarität eben manchmal nicht.

## Zusammenarbeit macht stark

122. In der Satzung des IGB ist der Ausbau der Kapazitäten und der Mitgliederbasis der Gewerkschaftsbewegung mittels abgestimmter internationaler Entwicklungshilfe als langfristige Verantwortung des Bundes verankert. Und beim Gründungskongress wurde er beauftragt, mehr Ressourcen für diesen Zweck im Rahmen einer „abgestimmten globalen Strategie“ zu mobilisieren.

123. Dieser Auftrag wurde aktiv verfolgt, vor allem über das Gewerkschaftsnetzwerk für die Entwicklungszusammenarbeit, das allen relevanten Akteuren erstmals die Möglichkeit gegeben hat, sich zu treffen, Prioritäten festzulegen, Informationen auszutauschen, ihre Arbeit zu koordinieren und gemeinsam zu planen. Der innovative und konzertierte Ansatz, der dabei verfolgt wurde, ist von vielen Mitgliedsorganisationen positiv aufgenommen worden, hat dem IGB zusätzliche Ressourcen für seine Aktivitäten gebracht und den Weg für Fortschritte in Richtung auf die vom Kongress geforderte wirklich globale Strategie geöffnet.

124. Dieser Prozess ist jedoch nicht unkontrovers gewesen, und die Strategie ist noch nicht fertig. Bei der Erteilung dieses Auftrages appellierte der Kongress gleichzeitig an die Mitgliedsorganisationen, „in kooperativer und offener Weise“ zu den festgelegten Zielen beizutragen. Viele haben dies

mit Begeisterung getan. Andere waren dazu in geringerem Umfang in der Lage – aufgrund nationaler Beschränkungen der Ressourcenverwendung – oder weniger geneigt. Es besteht immer noch eine gewisse Besorgnis – die zwar weniger häufig geäußert wird, aber nach wie vor vorhanden ist – dass die „globale Strategie“ des IGB in Wirklichkeit ein Codewort für Zentralisierung und die Multilateralisierung bisher bilateraler Aktivitäten ist, was für einige Organisationen und Interessen von Nachteil wäre. Dies ist nicht der Fall. Obwohl die multilaterale Zusammenarbeit über den IGB beträchtlich zugenommen hat und dies begrüßt wurde, hat dieser Trend offensichtliche Grenzen, die sich aus Kapazitätenbeschränkungen und Überlegungen der Zweckmäßigkeit ergeben. Ein wesentlich größerer Teil der globalen Strategie bezieht sich auf die Einführung von Mechanismen, die dazu beitragen würden, dass sich die bilaterale Zusammenarbeit wirklich im Einklang mit den vereinbarten Maßnahmen, Methoden und Prioritäten befindet: Ziele können vereinbart, Überschneidungen vermieden und Lücken geschlossen werden; beste Praktiken und Erfahrungen können ausgetauscht und Methoden entwickelt werden.

125. Aus dieser Perspektive betrachtet, besteht die Rolle des IGB darin, den Akteuren auf nationaler Ebene zu helfen und sie zu unterstützen, um die Qualität und die Wirksamkeit zu verbessern, und nicht darin, nach Ressourcen und Kompetenzen zu greifen. Das IGB-Sekretariat hat in seine eigenen Projektverwaltungskapazitäten investiert, und diese Anstrengung muss sicher auf die Regionalorganisationen und die Mitgliedsorganisationen ausgeweitet werden. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Gewährleistung der Verlässlichkeit jedes einzelnen Gliedes in der Kooperationskette, von der Empfängerorganisation auf nationaler Ebene bis hin zu der solidarische Unterstützung gewährenden Organisation, eine schwierige Aufgabe, aber eine Vorbedingung für den Erfolg ist. Ein Gelingen könnte beachtliche Ergebnisse bringen. Die derzeitigen Bemühungen um eine – endlich – computergestützte Datenbank, über die alle Solidaritätsorganisationen Informationen austauschen können und von der sie profitieren würden, ist ein Teil dieser Arbeit.

### Die Lücke schließen

126. Die Gefahr, dass der gewerkschaftliche Internationalismus weit entfernt von den regulären Aktivitäten und Prioritäten der Gewerkschaften auf nationaler Ebene ist – und dies bleiben könnte – und dass er lediglich einer kleinen Gruppe von Experten und Enthusiasten am Herzen liegt, wurde bei der Gründung des IGB erkannt. Mit dieser Erkenntnis ging die Entschlossenheit einher, diese Lücke zu schließen. Andernfalls werde es der IGB schwer haben, das uneingeschränkte Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für die Erfüllung seiner Ambitionen zu erhalten. Und diese Arbeit begann mit dem Versuch, festzustellen, wo das Problem liegt.

127. Trotz Schritten in Richtung auf die Einführung grenzübergreifender Koordinierungsverfahren, der rapiden Zunahme der von GUFs abgeschlossenen Globalen Rahmenvereinbarungen und anderer internationaler Initiativen wird die Hauptarbeit in Bezug auf Organisierung, Tarifverhandlungen und Konfliktbehandlung nach wie vor von den Gewerkschaften auf nationaler Ebene im Rahmen der jeweiligen innerstaatlichen Gesetzgebung verrichtet. Ausnahmen davon sind genau das – Ausnahmen. Obwohl die internationale Komponente dieser Arbeit größer werden könnte, wenn die derzeitigen Trends anhalten, gibt es bisher kaum Anhaltspunkte dafür, dass die Gewerkschaftsdachverbände in den einzelnen Ländern irgendwelche realen Aussichten oder Gelegenheiten für die Übertragung dieser Schlüsselverantwortung auf die internationale Ebene sehen. Der IGB und seine Global-Unions-Partner können weiterhin die sich durch den allmählichen Richtungswechsel ergebenden Möglichkeiten am Rande des Geschehens nutzen, um ihre internationale Organisations- und Verhandlungsagenda weiterzuentwickeln – wie andere es außerhalb ihrer Strukturen auch tun. Ohne die Art qualitativer Veränderungen, die kurzfristig nicht vorstellbar sind, muss jedoch realistischweise davon ausgegangen werden, dass die internationale Dimension für die Mehrzahl der IGB-Mitgliedsorganisationen episodenhaft und im Vergleich zu deren Spitzenprioritäten von zweitrangiger Bedeutung bleiben wird.

128. Das soll jedoch nicht heißen, dass der neue Internationalismus allein von der Stärke des Solidaritätsreflexes der Gewerkschaften getragen werden kann oder dass er sich lediglich auf Themen beschränken sollte, die von zweitrangiger Bedeutung sind. Jede Mitgliedsorganisation muss zudem wirkliche Antworten auf ihre eigenen Bedürfnisse in der Arbeit des IGB finden können, ebenso wie Möglichkeiten, anderen die benötigte Unterstützung zu gewähren. In dieser Hinsicht haben sich verlässliche und relevante Informationen, überzeugende politische Positionen und der Zugang zu wichtigen politischen Entscheidungsträgern und Institutionen als Dienste des IGB erwiesen, die die Mitgliedsorganisationen schätzen, die alle in der einen oder anderen Weise von der Globalisierung betroffen sind.

129. Die Herausforderung, die unweigerlich damit verbunden ist, die Arbeit des IGB relevanter für die eigenen Anliegen der Mitgliedsorganisationen zu machen, besteht darin, so viele ihrer Strukturen und Aktivitäten darin einzubinden wie möglich. Selbst mit den engagiertesten Internationalisten in den Führungspositionen der Mitgliedsorganisationen – und der IGB ist dankbar für jede und jeden Einzelnen von ihnen – und den dynamischsten internationalen Abteilungen wird dies nicht zu schaffen sein. Vielmehr muss der Internationalismus so tief wie möglich in die Dachverbände auf nationaler Ebene, aus denen sich der IGB zusammensetzt, eindringen, da er nur dann hoffen kann, bei der Verfolgung seiner Ziele ihr volles Gewicht nutzen zu können. Dies ist keine bloße Hoffnung. Die bisherigen Anhaltspunkte bestätigen die Überzeugung, dass zahlreiche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter Interesse an internationalen Themen haben und sich auch daran beteiligen werden – wenn sie die Möglichkeit dazu haben. Der IGB muss daher gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen prüfen, wie gut es ihnen gelungen ist, derartige Möglichkeiten zu schaffen und wie noch mehr auf diesem Gebiet getan werden kann.

130. Dieses Unterfangen öffnet den Weg für drei Verbesserungsmöglichkeiten. Die erste betrifft den Bereich Kommunikation. Die Vertreter/innen des IGB, die mit Mitgliedsorganisationen zusammenarbeiten, sind abwechselnd entmutigt durch die vielen aktiven Gewerkschaftsmitglieder, die noch nie etwas vom IGB gehört haben, und ermutigt durch diejenigen, die den IGB kennen und etwas über seine Arbeit wissen, obwohl Letztere zahlenmäßig geringer sind. Bestenfalls lässt sich dazu sagen, dass gewisse Fortschritte erzielt werden, wobei das derzeitige Tempo jedoch nicht ausreicht. Der IGB muss sich gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen der Aufgabe stellen, die Art und Weise, wie relevante und nützliche Informationen über seine Arbeit an ein breiteres Gewerkschaftspublikum auf nationaler Ebene weitergeleitet werden, grundlegend zu verändern.

Dem IGB-Sekretariat kommt dabei eine klare Verantwortung zu, ebenso wie seinen Mitgliedsorganisationen. Ein Ausgangspunkt wäre die Feststellung, inwieweit die Mitgliedsorganisationen die vorhandenen Informationen und Berichte des IGB tatsächlich aktiv nutzen und bekannt machen und wie die Nutzung dieses Materials verbessert werden kann. In den Fällen, in denen IGB-Berichte weite Verbreitung fanden – wie etwa der über das geschlechtsspezifische Lohngefälle – waren die Ergebnisse äußerst positiv, nicht nur, weil ein wichtiges Thema detailliert analysiert wurde, sondern auch, weil auf diese Weise dazu beigetragen wurde, den IGB als globale Autorität zu etablieren. Generell muss sich der IGB zudem konkret darauf konzentrieren, maßgeschneiderte Informationen zu liefern, die auf die Bedürfnisse und Interessen der Mitgliedsorganisationen eingehen, und die Mitgliedsorganisationen müssen dafür sorgen, dass sie so umfassend wie möglich zirkuliert werden.

131. Der IGB hat hinsichtlich der Nutzung von Videomaterial und erst kürzlich von internetgestützten Informationsinstrumenten, einschließlich sozialer Netzwerke, bereits einige Erfahrungen gesammelt – und einige beachtliche Erfolge erzielt. Die Facebook-Seite des IGB wird gut besucht und strategisch dazu verwendet, um Schlüsselbotschaften zu vermitteln, und auch die Reaktion auf seinen YouTube-Videokanal war positiv. Mittels kurzer Webvideos zu Themen wie Mutterschutz und Kinderarbeit konnte ein wesentlich breiteres Publikum als gewöhnlich erreicht werden, und der Jugendausschuss hat zudem einen IGB-Jugendblog eingerichtet, ein äußerst erfolgreiches Instrument für die Interaktion zwischen jugendlichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in aller Welt, das mit beeindruckender Energie und Wirkung genutzt wird. Die rapide Weiterentwicklung dieser Art von Instrumenten sowie die damit einhergehenden neuen Möglichkeiten bedeuten, dass es notwendig ist, mit der Entwicklung dieser neuen Medien mitzuhalten und dass ein erheblicher Teil der Kommunikationsarbeit des IGB auf deren Nutzung ausgerichtet sein muss. Mit der notwendigen Kreativität kann dies dazu beitragen, das mögliche Image der Gewerkschaften als altmodisch und wenig aufregend abzulegen.

132. Die zweite Verbesserungsmöglichkeit betrifft die Mobilisierung der Mitgliedsorganisationen um internationale Gewerkschaftsthemen herum. Der IGB hat von Anfang an und als eine Art symbolischen Test für die wirklichen Möglichkeiten des neuen Internationalismus beschlossen, die Herausforderung der Mobilisierung mit der Organisation eines weltweiten Aktionstages direkt anzugehen. Dies führte dazu, dass am 7. Oktober 2008 der erste Welttag für menschenwürdige Arbeit und am 7. Oktober 2009 der zweite Aktionstag zu diesem Thema stattfand.

133. Die Mitgliedsorganisationen haben diese beiden Veranstaltungen, bei denen Hunderttausende Gewerkschafter/innen zum ersten Mal in direkten Kontakt mit dem IGB kamen, generell positiv bewertet. Der IGB selbst hat viel dabei gelernt: dass die Mitgliedsorganisationen völlig unterschiedlich, manche überhaupt nicht, und in verschiedenem Umfang auf den Aktionsaufruf reagieren; dass ein alle verbindendes globales Thema für jeden Aktionstag festgelegt werden muss, das den lokalen Umständen und Prioritäten angepasst werden kann; dass die Berichterstattung und der Austausch von Informationen über die Aktivitäten der Mitgliedsorganisationen entscheidend für den Erfolg des Aktionstages sind, weil dadurch das Gefühl entsteht, Teil einer weltweiten Aktion zu sein; und dass der Aktionstag viel dazu beitragen kann, den IGB bekannt zu machen und sich mit ihm zu identifizieren.

134. Einige Fragen sind bisher jedoch unbeantwortet geblieben, und der Kongress muss jetzt zwischen einigen grundsätzlichen Alternativen bezüglich der Zukunft des Aktionstages wählen. Am einfachsten wäre es, jedes Jahr am 7. Oktober ähnliche Veranstaltungen wie in den Jahren 2008 und 2009 zu organisieren. Die Erfahrungen haben gezeigt, welche Ergebnisse zu erwarten wären, und die Mitgliedsorganisationen können ihren Wert einschätzen. Es fragt sich jedoch, ob Mobilisierungen dieser Art jedes Jahr auf unbegrenzte Zeit in dem Umfang – oder in noch größerem Umfang – fortgesetzt werden können. Eine zweite und ehrgeizigere Möglichkeit wäre die Umwandlung des Aktionstages in einen groß angelegten weltweiten Protesttag mit Massenmobilisierungen um klar definierte Forderungen herum. Dies wäre ein ganz anderer Ansatz als die sanfteren und unterschiedlicheren Aktivitäten der letzten beiden Jahre. Im Jahr 2009 wurde dies ernsthaft in Erwägung gezogen, als angesichts der dramatischen Umstände der weltweiten Krise zum Teil die Ansicht vertreten wurde, dass diese ehrgeizigeren Aktionen notwendig und realisierbar seien. Ein Grund dafür, dass dieser Weg nicht eingeschlagen wurde, war, dass die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umstände in einigen Ländern die dortigen Mitgliedsorganisationen zwar zu einer Offensive verleiteten, in anderen Ländern aber genau das Gegenteil der Fall war. Wenn weltweit harmonisierte Rahmenbedingungen für die Gewerkschaften in den einzelnen Ländern eine Vorbedingung für diese Art von Aktion sind, dann werden sie nicht realisierbar sein. Die dritte Möglichkeit, die der Kongress hat, wäre der Beschluss, diese Art der Mobilisierung nicht fortzusetzen, da sie seines Erachtens ihren Zweck in den Anfangsjahren des IGB erfüllt hat.

135. Der Welttag für menschenwürdige Arbeit mit all seiner Symbolik und Öffentlichkeitswirksamkeit ist jedoch nur ein Beispiel für die Mobilisierungsarbeit des IGB unter seinen Mitgliedsorganisationen. Andere Maßnahmen beinhalteten Aktionen bezüglich der Rechtslage in spezifischen Ländern (z.B. Honduras, Iran, Nepal und Türkei), aber auch Interventionen bei Regierungen, um die die Mitgliedsorganisationen zur Untermauerung unterschiedlicher Forderungen gebeten wurden, in der letzten Zeit vor allem hinsichtlich der Krisenbekämpfung.

136. Derartige Aktionen können ähnlich verlaufen wie, bzw. integriert werden in, die dritte Möglichkeit der verstärkten Einbindung der Mitgliedsorganisationen in die Arbeit des IGB: Kampagnen. Es besteht kein Zweifel daran, dass Kampagnen mit klar definierten, relevanten Zielen, einem genau festgelegten zeitlichen Rahmen, gut durchdachten Methoden und Aktivitäten und dem Potenzial, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Medien zu wecken, Anklang bei vielen Mitgliedsorganisationen finden. Die auf die Olympischen Spiele und die globale Sportartikel- und Sportveranstaltungsindustrie abzielende PlayFair-Kampagne hat beispielsweise ein sehr breites Publikum erreicht und die Organisations- und Tarifverhandlungsarbeit der Mitgliedsorganisationen und der GUFs unterstützt. Andere Kampagnen, wie die gegen Gewalt gegen Frauen und im Zusammenhang mit der Nichtverbreitung von Atomwaffen, haben ihren Wert ebenfalls unter Beweis gestellt, und die Behandlung weiterer Prioritäten in ähnlicher Weise kann erheblichen Nutzen bringen. Es kann nicht erwartet werden, dass der Kongress zu diesem Zeitpunkt bereits festlegt, welche Ziele künftige Kampagnen verfolgen sollten, obwohl er die Herausforderungen der Migration und der informellen Wirtschaft als mögliche Prioritäten erwägen könnte. In jedem Fall kann er aber deutlich machen, dass er einen kreativen, Kampagnen organisierenden IGB will und dass die Mitgliedsorganisationen bereit sein sollten, sich daran zu beteiligen.



## Mit unseren Freunden zusammenarbeiten

137. Die Antwort auf die Frage, ob, wie und wann Gewerkschaften mit Verbündeten aus dem Kreis nichtstaatlicher Organisationen sowie im politischen Bereich zusammenarbeiten sollen, beschäftigt uns schon seit langem – zumindest auf internationaler Ebene. Die Debatte hat nicht erst mit der Gründung des IGB begonnen, sondern wurde von ihm übernommen, und die zuvor bereits geführten Diskussionen ermöglichten dem Kongress in Wien, in der neuen Satzung klar Position zu beziehen: Der IGB sollte Verbindungen und kooperative Beziehungen zu anderen Organisationen der Zivilgesellschaft und zu politischen Gruppierungen eingehen, um die Ziele des Bundes zu verfolgen, ohne dabei die Unabhängigkeit der Gewerkschaften zu gefährden.

138. Der IGB hat auf unterschiedliche Weise Fortschritte dabei erzielt, gegenüber internationalen Institutionen und Regierungen seine globale Autorität als Stimme der internationalen Gewerkschaftsbewegung geltend zu machen. Das Beispiel der G20 sticht dabei besonders hervor, aber trotz dieser Anerkennung konnte das allgemeinere Profil des IGB in der Öffentlichkeit bisher nicht deutlicher herausgestellt werden. Es ist daher notwendig, die neue Dynamik zu nutzen, um dies zu einem wichtigen Element der nächsten Entwicklungsphase des IGB zu machen. Der Erfolg wird in großem Umfang von der aktiven Beteiligung der Mitgliedsorganisationen an diesen Bemühungen abhängen.

139. In Bezug auf die Interaktion mit Organisationen der Zivilgesellschaft besteht nach wie vor eine gewisse Zurückhaltung aufseiten einiger Mitgliedsorganisationen, die direkte Erfahrungen mit der staatlichen Manipulation von NGOs zu deren Nachteil gemacht oder Situationen erlebt haben, in denen NGOs versuchten, die Rolle der Gewerkschaften als repräsentative Organisationen zu übernehmen. Da der IGB jedoch gewöhnlich in der Lage war, seine eigene Identität und sein eigenes Profil zu wahren und da die Forderung nach der Behauptung seiner Unabhängigkeit und der Verfolgung seiner eigenen Ziele ernst genommen wurde, hat diese Art der Zusammenarbeit generell gut funktioniert.

140. Die Folge ist, dass der IGB im Ansehen wichtiger Bereiche der Zivilgesellschaft gestiegen ist und dass dort Verständnis und Unterstützung für die Gewerkschaftsziele gefunden wurden. Besonders deutlich waren die Fortschritte in Bezug auf Umwelt und Klimawandel, wo es potenziell zu erheblichen Unstimmigkeiten kommen könnte, aber auch in Bereichen, in denen bereits seit längerem zusammengearbeitet wird, wie in geschlechtsspezifischen, rechtlichen, entwicklungsbezogenen sowie wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen. In all diesen Bereichen besteht die Herausforderung oft darin, die Notwendigkeit, dass der IGB die gesamte Palette der Ziele seiner Mitgliedsorganisationen verfolgt, damit in Einklang zu bringen, dass sich seine Partner in der Zivilgesellschaft ausschließlich mit Einzelthemen befassen, wobei die schwierigste Entscheidung häufig darin besteht, „Nein“ zu einer Zusammenarbeit zu sagen. Absagen können missverstanden und verübelt werden, sind jedoch manchmal notwendig.

141. Die Zusammenarbeit mit politischen Verbündeten wirft unterschiedliche Fragen auf. Es geht nicht nur darum, in diesen Fällen besonders nachdrücklich auf die Unabhängigkeit der Gewerkschaften zu achten, sondern auch darum, dass der IGB erklärtermaßen ein pluralistischer Bund ist, so dass es unangebracht wäre, wenn er sich mit spezifischen Parteien identifizieren oder diese unterstützen würde. Vielmehr geht es darum, in spezifischen Fragen eine Zusammenarbeit in Erwägung zu ziehen, auf Fall-zu-Fall-Basis und ausschließlich zur Verfolgung seiner eigenen Ziele. Diese Arbeit unterliegt offensichtlichen Beschränkungen, die jedoch respektiert, und nicht ignoriert, werden müssen. Dabei geht es zum Teil sogar um die Wortwahl. Der IGB hat Zuflucht gefunden unter dem praktischerweise vagen und breiten Dach der „progressiven“ Politik – wie im Falle des Global Progressive Forum, seiner bisher am meisten strukturierten und dauerhaftesten Partnerschaft –, um seine Unabhängigkeit von spezifischen politischen Parteien oder Familien zu wahren.

142. Damit sind die Schwierigkeiten aber noch nicht zu Ende. Hindernisse ergeben sich auch daraus, dass es kein glaubwürdiges oder vergleichbares politisches Pendant zum IGB auf internationaler Ebene gibt, sowie aus der Tatsache, dass die Aktivitäten bisher zu stark auf Europa konzentriert waren. Es könnte sich in der Tat die Frage stellen, ob der Druck, dem die Politiker/innen hinsichtlich der Verteidigung bedeutender nationaler Interessen ausgesetzt sind, die Möglichkeit ausschließt, zu einer internationalen progressiven politischen Globalisierungsagenda zu gelangen, die wirklich von den Parteien unterstützt wird und deren politische Entscheidungsprozesse sowohl auf nationaler Ebene als auch innerhalb des multilateralen Systems lenkt. Diese Frage ist von zentraler Bedeutung für die Ziele des Kongresses, denn wenn die Ambition des IGB einer grundlegenden Änderung der Globalisierung erfüllt werden soll, wird ein starker politischer Wille und ein großes Engagement erforderlich sein, um das etablierte Modell aus den Angeln zu heben. Die Gewerkschaften tun mehr dafür als die meisten Politiker/innen, aber es sieht immer mehr danach aus, als müssten sie ihre Anstrengungen bündeln, um Erfolge zu erzielen.

## Für Euch arbeiten

143. Das IGB-Sekretariat – in Brüssel, in den Regionalorganisationen und den sonstigen Büros in aller Welt – trägt große Verantwortung gegenüber allen Mitgliedsorganisationen. Es ist sich dieser Verantwortung nur zu bewusst und hat seine Fähigkeit unter Beweis gestellt, sie zu erfüllen. Vielleicht noch mehr als die Mitgliedsorganisationen, weil es seine Alltagsrealität ist, hat sich das Sekretariat der Herausforderung stellen müssen, die verschiedenen vorher existierenden Kulturen innerhalb einer einzigen, geeinten Organisation zu verbinden. All diejenigen beim Kongress, die an Gewerkschaftszusammenschlüssen beteiligt waren, werden wissen, dass dieser Prozess nicht ohne Probleme abläuft und dass deren Überwindung die Bereitschaft erfordert, Veränderungen zu akzeptieren, neuen Gewohnheiten, Methoden und Konzepten gegenüber offen zu sein, sich in Toleranz und Rücksichtnahme zu üben und dass all dies gewisse Zeit braucht. Der IGB ist so verfahren, mit gutem Erfolg, und wird es auch weiterhin tun.

144. Darüber hinaus hatte das Sekretariat mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die vielen Mitgliedsorganisationen, denen es dient, bekannt sein werden: ein in manchen Fällen erhebliches Arbeitspensum, die Unmöglichkeit, auf alle Bitten der Mitgliedsorganisationen zu reagieren und eine gewisse Ungewissheit bezüglich der Finanzlage des IGB, die eine auf Kosteneinsparungen abzielende Reorganisation erforderlich machte, die im Oktober 2009 vom Vorstand gebilligt wurde. Es ist an den Mitgliedsorganisationen, die Arbeit des Sekretariats zu bewerten, aber aus der Perspektive des Sekretariats selbst besteht die gemeinsame Absicht und Verpflichtung, den IGB in die Lage zu versetzen, ihren Ansprüchen auf höchstem Niveau und so umfassend wie möglich zu genügen.

145. Zu diesen guten Absichten hinzu kommt die ernsthafte und systematische Aufmerksamkeit, die der internen Effizienz und Organisation des Sekretariats geschenkt wird. Es gibt sicherlich Bereiche, in denen Verbesserungen erforderlich sind. In Brüssel gehören dazu die Managementkapazitäten und die unnötig schwerfälligen bürokratischen Verfahren. Obwohl anderswo Kosten gespart werden, hat der Vorstand beschlossen, zusätzliche Mittel für die Modernisierung der etwas veralteten elektronischen Dokumentenmanagement- und Buchführungssysteme des IGB bereitzustellen. Wichtige Fortschritte wurden auch bei der Überwindung ernsthafter Schwierigkeiten bezüglich der Finanzverwaltung und bei der Verbesserung der Projektverwaltung erzielt.

146. In allgemeinerer Hinsicht, und im Einklang mit den in seiner Satzung genau festgelegten Parametern, muss der IGB darüber hinaus dafür sorgen, dass seine einzelnen Bestandteile – Brüssel, die Regionalorganisationen und -strukturen sowie die Außenbüros – gut miteinander kommunizieren und interagieren. Was auch immer die politische Debatte über globale Kohärenz und autonome regionale Spielräume bringen mag, nichts davon darf als Vorwand oder Entschuldigung für das Versäumnis dienen, zu informieren, zu kooperieren oder in angemessener Weise zur Erfüllung der Aufgabe beizutragen, den von den Mitgliedsorganisationen an uns gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Auch hier müssen die guten Absichten auf allen Seiten von geeigneten Organisationssystemen begleitet werden, die die Erfüllung dieser Aufgabe in der Praxis erleichtern.

### **Das letzte Wort**

147. Wenn es um die Zukunft des IGB und des neuen gewerkschaftlichen Internationalismus geht, haben die Mitgliedsorganisationen und ihre Kongressdelegierten das letzte Wort. Die einzigen Argumente, die das Sekretariat ins Feld führen kann, um ihre Unterstützung und ihr Engagement zu gewinnen, sind die seit November 2006 geleistete Arbeit und die Vorschläge für die kommenden vier Jahre. Die Mitgliedsorganisationen werden die bisherige Bilanz und die Zukunftsaussichten bewerten, ebenso wie die Frage, inwiefern der Internationalismus, an dem sie durch ihre Mitgliedschaft beim IGB teilhaben, zur Erfüllung der Ziele beiträgt, die ihnen ihre Mitglieder gesetzt haben. Auf dieser Grundlage werden sie entscheiden, inwieweit sie zu Investitionen an politischem Engagement, Ressourcen und Anstrengungen in ihre internationale Vertretung bereit sind.

148. Dabei werden sie sicher auch die bleibenden Gebote der internationalen Solidarität berücksichtigen, die – einzigartig in der Gewerkschaftsbewegung – die üblichen Interessen- und Vorteilsberechnungen überwinden. Ein weiterer Faktor, der ebenfalls in die Waagschale geworfen werden sollte, ist die simple Realität, dass die Zukunft des neuen Internationalismus eindeutig in den Händen der IGB-Mitgliedsorganisationen liegt. Sie müssen entscheiden, was sie vom IGB erwarten und in welchem Umfang sie ihm Ressourcen zur Verfügung stellen wollen, und beim Kongress haben sie die Möglichkeit, diese Entscheidungen zu treffen. Ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger, werden die Beschlüsse sein, die jede von ihnen danach, in ihrem eigenen Land, in Bezug darauf fasst, wie oder ob sie die internationale Dimension in ihren Arbeitsalltag integriert, wie sie sowohl die Chancen einer IGB-Mitgliedschaft nutzt als auch ihren Pflichten beim Aufbau eines neuen Internationalismus gerecht wird. In Vancouver wird die Richtung festgelegt, aber in den nächsten vier Jahren wird sich entscheiden, wie die Antworten aussehen.

# ENTWURF DER HAUPTPLENARENTSCHLISSUNG ZUM KONGRESSTHEMA

## TEIL I AUS DER KRISE...

Der Kongress bedauert den enormen Schaden, der die derzeitige Krise den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach jahrzehntelanger Verfolgung eines arbeitnehmerfeindlichen, armenfeindlichen und entwicklungsfeindlichen Entwicklungsmodells verursacht hat. Jetzt müssen die Menschen von der Globalisierung profitieren. Es ist an der Zeit, die Krise mit globaler Gerechtigkeit zu überwinden.

Der Kongress ist sich bewusst, dass die Krise, ungeachtet des Leids, das sie verursacht hat, auch neue Möglichkeiten bietet, um die im Gründungsprogramm des IGB festgelegten Ziele hinsichtlich einer grundlegenden Veränderung der Globalisierung zu erreichen und für Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu sorgen. Schlecht durchdachte Ausstiegsstrategien aus der Krise können allerdings auch dazu führen, dass die Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten der Vergangenheit fortbestehen und noch größer werden.

Der Kongress verpflichtet den IGB daher zur Intensivierung seiner Arbeit in den nächsten vier Jahren, um die globalisierte Wirtschaft umzugestalten und sie gerecht und nachhaltig zu machen und niemanden auszugrenzen. Er ist sich bewusst, dass die Erreichung aller in der Satzung verankerten Ziele des IGB von dieser Umgestaltung abhängt und fordert alle Mitgliedsorganisationen auf, ihre Stärke und Solidarität in diese gemeinsame Aufgabe einzubringen.

Die IGB-Strategie zur Erreichung von globaler sozialer Gerechtigkeit muss nach Ansicht des Kongresses folgende sechs Prioritäten umfassen:

- **Menschenwürdige Arbeit für alle:** Der IGB wird beauftragt, die entschiedene Umsetzung des Globalen Paktes der IAO für Beschäftigung als Kernstück arbeitsintensiver Krisenbekämpfungsstrategien zu fördern und darauf hinzuwirken, dass menschenwürdige Arbeitsmöglichkeiten für alle zum zentralen Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik werden.
- **Fairness und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt:** Die Umkehr sämtlicher Ungleichheiten der Vergangenheit erfordert die Wiederherstellung der Gerechtigkeit und des Gleichgewichts auf den Arbeitsmärkten. Der IGB wird daher beauftragt, auf die universelle Achtung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte hinzuwirken, die gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten und Tarifverhandlungen zu fördern, prekäre und informelle Tätigkeiten zu bekämpfen und sich für die Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohn- und Gehaltsgefälles sowie aller sonstigen Formen geschlechtsbedingter Ungleichheiten bei der Arbeit einzusetzen.
- **Finanzmarktregulierung:** Damit die globale Wirtschaft auf die wirklichen Bedürfnisse der Menschen eingeht, ist es unerlässlich, die Finanzwirtschaft in den Dienst der Realwirtschaft zu stellen. Der IGB wird daher beauftragt, sich für eine wirksame und angemessene Regulierung der Finanzmärkte und der Akteure auf diesen Märkten sowie für eine internationale Steuer auf Finanztransaktionen einzusetzen.
- **Eine nachhaltige CO2-arme Zukunft:** Die Lenkung der globalen Wirtschaft in eine Richtung, die einen katastrophalen Klimawandel verhindert, ist sowohl für die Arbeitsplätze und das Wohlergehen der Beschäftigten überall als auch für die langfristige Zukunft unseres Planeten unabdingbar. Der IGB wird beauftragt, sich um einen „gerechten Übergang“ zu dieser nachhaltigen Zukunft zu bemühen, um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen und menschenwürdige Arbeit zu fördern.
- **Ein neues Entwicklungsmodell:** Das derzeitige Globalisierungsmodell hat die Vorteile der Globalisierung nicht gerecht verteilt. Es hat nicht dafür gesorgt, dass alle Länder die Möglichkeit einer ausgewogenen Entwicklung haben und es hat keine nennenswerten Fortschritte bei der Beseitigung der weltweiten Armut und tief verwurzelter Ungleichheiten erzielt. Der IGB wird daher beauftragt, sich für ein neues Entwicklungsmodell einzusetzen, bei dem die Industrie- und die Entwicklungsländer gleichermaßen ihrer jeweiligen bzw. gemeinsamen Verantwortung nachkommen und sicherstellen, dass alle in gerechter Weise von den Früchten des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts profitieren können.
- **Steuerung und Regulierung der Globalisierung:** Die globale Krise ist eine direkte Folge des Versäumnisses der internationalen Gemeinschaft, den allein von der Dynamik der Deregulierung, der Liberalisierung und der Privatisierung angetriebenen Globalisierungsprozess in angemessener Weise zu regulieren und zu steuern. Die Korrektur seiner Mängel und die Vermeidung weiterer Krisen erfordert

offensichtlich, dass jetzt für eine solche Regulierung gesorgt wird. Der IGB wird daher beauftragt, Initiativen zugunsten einer Regulierung zu fördern und zu unterstützen, um den derzeitigen Marktfundamentalismus durch die Verpflichtung zu einer kohärenten Politik zugunsten einer sozialen Dimension der Globalisierung zu ersetzen, mit menschenwürdiger Arbeit als vorrangigem Ziel.

Der Kongress unterstreicht die besondere Verantwortung des IGB gegenüber den am wenigsten geschützten und am meisten benachteiligten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und fordert ihn auf, den Bedürfnissen von Wanderarbeitskräften und Beschäftigten, die informelle Tätigkeiten verrichten, besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Der Kongress ist sich bewusst, dass die satzungsmäßige Verpflichtung des IGB zur Wahrung und Stärkung des Friedens eng mit der Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit verknüpft ist. Er verurteilt die Existenz von Konflikten, die nach wie vor zahlreiche Menschenleben kosten und das Leben vieler anderer Menschen zerstören, ebenso wie die hohen und steigenden Militärausgaben, die für dringende menschliche Bedürfnisse benötigte Ressourcen verschlingen. Er verpflichtet den IGB erneut zu Frieden und Abrüstung und fordert alle Mitgliedsorganisationen auf, jede Gelegenheit zu nutzen, um Fortschritte auf diesem Gebiet zu erzielen.

## TEIL II

# ...MIT GLOBALER GERECHTIGKEIT

Der Kongress ist sich bewusst, dass der praktische Wert der Zukunftsvision des IGB von globaler Gerechtigkeit von seiner eigenen Leistung als starkes, profiliertes und wirksames Instrument für die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen in der globalen Wirtschaft abhängt. Er hält es für unerlässlich, dass die internationale Gewerkschaftsbewegung die Verwirklichung von globaler Gerechtigkeit als gemeinsames Ziel verfolgt und all ihre Strukturen, Methoden und Beziehungen permanent überprüft, um diese im Bedarfsfall weiter zu verbessern.

Er begrüßt daher die Leistungen des IGB in seinen Anfangsjahren. Trotz der erzielten Fortschritte weist er aber nachdrücklich darauf hin, dass noch viel getan werden muss, um den Aufbau des gewerkschaftlichen Internationalismus fortzusetzen, und er ruft alle Mitgliedsorganisationen auf, sich aktiv an diesem Prozess zu beteiligen.

Der Kongress begrüßt die Einrichtung der IGB-Regionalorganisationen und -strukturen seit dem Wiener Kongress, ebenso wie die Konstituierung des Global-Unions-Rates. Vor dem Hintergrund des abgeschlossenen strukturellen Einigungsprozesses betont er die Notwendigkeit, dass der IGB und seine Regionalorganisationen darauf achten, in ständigem Kontakt zu den Mitgliedsorganisationen zu stehen und auf ihre Ansichten und Bedürfnisse zu reagieren, damit die internationale Dimension ein dauerhafter Bestandteil ihrer Aktivitäten sein kann.

Der Kongress begrüßt die Bilanz der Zusammenarbeit zwischen dem IGB und seinen Global-Unions-Partnern sowie mit dem EGB und ruft dazu auf, sie in der kommenden Kongressperiode weiter auszubauen.

Der Kongress fordert den IGB auf, kompromisslos an seinen Prinzipien einer demokratischen und unabhängigen Gewerkschaftsbewegung festzuhalten und sie zum maßgeblichen Bezugspunkt für die Beziehungen zu anderen internationalen, regionalen und nationalen Gewerkschaftsorganisationen sowie für Beschlüsse über die Aufnahme neuer Mitglieder oder die Verleihung des Assoziierungsstatus zu machen.

Der Kongress erinnert daran, dass der IGB laut seiner Satzung ein geeinter und pluralistischer Bund ist und unterstreicht die Verantwortung aller Mitgliedsorganisationen, im Geiste gegenseitiger Solidarität und Rücksichtnahme auf ihre unterschiedlichen Inspirationsquellen und Organisationsformen zu handeln.

Der Kongress ist sich bewusst, dass die prinzipielle Verpflichtung des IGB zu internationaler Gewerkschaftssolidarität bei seiner Arbeit in konkreter und praktischer Weise zum Ausdruck kommen muss. Er fordert den Ausbau und die Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Unterstützung von Mitgliedsorganisationen, die in Gefahr sind, sowie die Beteiligung der Mitgliedsorganisationen daran. Er fordert ferner, die Jährliche Übersicht des IGB über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten auch künftig zu veröffentlichen.

Der Kongress betrachtet den Solidaritätsfonds nach wie vor als ein überaus wichtiges Instrument für die Fähigkeit des IGB, Unterstützungsbedürftigen zu helfen, spricht denen, die Beiträge zu dem Fonds leisten, seinen aufrichtigen Dank aus und hofft inständig, dass andere Organisationen es ihnen gleichtun werden. Trotz der unternommenen Anstrengungen ist er sich jedoch auch bewusst, dass der Fonds sein volles Potenzial bisher noch nicht erreicht hat. Er beauftragt daher das Sekretariat, seine Bemühungen um die Neubelebung der Tätigkeiten des Fonds fortzusetzen und noch zu intensivieren, damit er zu dem wirklich dynamischen Instrument für die Bekundung von Solidarität wird, das er sein kann und sein muss. Der Kongress begrüßt die bei der Entwicklung und Umsetzung der globalen Strategie des IGB für die Entwicklungszusammenarbeit erzielten Fortschritte, vor allem über das Gewerkschaftsnetzwerk für die Entwicklungszusammenarbeit. Er ruft erneut alle Mitgliedsorganisationen auf, in kooperativer und offener Weise zu dieser Strategie beizutragen, und die Regionalorganisationen fordert er auf, sicherzustellen, dass sie dazu dient, den satzungsmäßigen Auftrag des IGB bezüglich des Ausbaus der Kapazitäten und der Mitgliederbasis der Gewerkschaftsbewegung zu erfüllen. Der Kongress bekräftigt erneut, dass der Erfolg des neuen Internationalismus ganz entscheidend davon abhängt, inwieweit es dem IGB gelingt, die

Mitgliedsorganisationen eng und dauerhaft in seine Arbeit einzubeziehen und ihre Stärke für die Erreichung seiner Ziele zu nutzen. Er fordert den IGB auf, die Einbeziehung der Mitgliedsorganisationen in seine Arbeit weiter zu konsolidieren, indem:

- relevante Informationen über die Arbeit des IGB in geeigneter Form bereitgestellt werden, um größtmögliches Interesse bei seinen Mitgliedern zu wecken und sie zur Mitarbeit zu veranlassen. Zu diesem Zweck sollte auf den ermutigenden Anfängen, die mit der Nutzung innovativer Medien im Internet gemacht wurden, aufgebaut werden, um diesen Bereich weiter auszubauen;
- die Mitgliedsorganisationen um internationale Schlüsselfragen herum mobilisiert werden. Angesichts der positiven Erfahrungen, die mit den ersten beiden Welttagen für menschenwürdige Arbeit gemacht wurden, beauftragt der Kongress den Vorstand, Vorbereitungen für einen dritten derartigen Aktionstag 7. Oktober 2010 zu treffen, und er fordert alle Mitgliedsorganisationen auf, sich ohne Ausnahme daran zu beteiligen, um seinen Erfolg zu sichern;
- Kampagnen zu öffentlichkeitswirksamen Themen durchgeführt werden, mit dem Potenzial, beträchtliches Interesse der Medien und der Öffentlichkeit zu wecken und zu einer breiten Beteiligung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern auf allen Ebenen anzuregen.

Der Kongress ist sich bewusst, dass eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen und politischen Organisationen im Einklang mit den in der Satzung festgelegten Bedingungen von erheblicher Bedeutung für die Förderung der Werte und Ziele des IGB ist. Er begrüßt die Fortschritte, die dank dieser Zusammenarbeit dabei erzielt wurden, das Profil und den Einfluss des IGB über die Gewerkschaftsbewegung hinaus zu erhöhen und ruft dazu auf, diese Zusammenarbeit fortzusetzen.

Vier Jahre nach der Gründung des IGB bekräftigt der Kongress die Prinzipien und Ambitionen des Bundes ohne jegliche Einschränkungen. Er ist nach wie vor fest davon überzeugt, dass die Einigung der demokratischen und unabhängigen Kräfte der internationalen Gewerkschaftsbewegung sowohl ihre Vorteile als auch ihr Potenzial deutlich gemacht hat. Die globale Krise, vor deren Hintergrund der Kongress tagt, bestärkt ihn darin, an dem Konzept des neuen gewerkschaftlichen Internationalismus festzuhalten. Er fordert alle Mitgliedsorganisationen und alle anderen demokratischen und unabhängigen Gewerkschaftsorganisationen auf, sich dem vom IGB angeführten gemeinsamen Kampf für eine bessere, gerechtere Zukunft für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Welt anzuschließen.







**ITUC CSI IGB**

**IGB**

5 Bld Roi Albert II, Bte 1 •• 1210 Brüssel, Belgien

Tel.: + 32 2 224 02 11 •• Fax: +32 2 224 02 97

E-Mail: [info@ituc-csi.org](mailto:info@ituc-csi.org) •• [www.ituc-csi.org](http://www.ituc-csi.org)